

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7020.
 Unter Kreuzband für Preussland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montagen.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechs/paltene Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Ver-
 ein- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Mittwoch, den 2. August 1899. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die neue Handwerks-Organisation.

Am ersten April vorigen Jahres ist ein Teil der gesetz-
 lichen Bestimmungen der sogenannten Handwerks-Organisation,
 wie sie durch eine Abänderung der Gewerbe-Ordnung vor-
 gesehen ist, in Kraft getreten. Es betraf dies im wesentlichen
 die Innungsorganisation und die mit ihr zusammen-
 hängenden Nebenrichtungen. Mit dem 1. April d. J. war
 der Termin abgelaufen, bis zu dem die alten Innungen sich
 den neuen gesetzlichen Anforderungen angepaßt haben sollten.
 Wenn diese Bestimmungen innegehalten sind, dann hätten
 wir bis auf die Umwandlungen, die durch die Zwangs-
 innungen noch fortgesetzt erfolgen, den Aufbau der Organi-
 sationen auf der neuen Grundlage fertig vor uns. Ein
 Gesamtüberblick über das neue Gebilde zünftiger Weisheit
 läßt sich vorläufig aber noch nicht geben, vor allem deshalb
 nicht, weil es die Herren Innungsmeister mit der Anpassung
 ihrer Organisation an das neue Gesetz nicht so genau ge-
 nommen haben. Man hinkt noch fortgesetzt mit den
 Statutenberatungen nach und die Behörde, die ihnen immer
 ein wohlwollender Gönner war, drückt ein Auge zu. Gätten
 wir es mit einem Gesetz für die Gewerkschaften zu thun, dann
 ließe sich schon mit mehr Sicherheit annehmen, daß solche kleinen
 Nachlässigkeiten verziehen würden.

Wo nun die Zwangsorganisation die Stätte ihres
 Wirkens aufgeschlagen hat, da finden wir nicht allenthalben
 ungetrübte Freude im Innungslager. Es haben sich die Social-
 demokraten als eine so imponierende Macht eingestellt, daß
 die Innungsschwärmer ganz niedergedonnert sind über die
 Folgen ihrer eigenen Gesetzesmacht.

In einigen Innungen haben die Socialdemokraten zum
 Entsetzen aller zünftigen Handwerker das Heft in
 die Hände bekommen und sich dort häuslich niedergelassen, wo
 seit Jahrzehnten in Patriotismus und loyaler Gefinnung wohl
 erprobte Meister des Innungsbrunnens thronen. Noch
 schlimmer erging es denjenigen, die ihr Werk nach wenigen
 Monaten elend zusammenbrechen sahen.

Wir müssen gestehen, daß wir selbst einen solchen Ein-
 fluß unserer Parteigenossen in den Innungen nicht voraussehen.
 Das Ergebnis ist aber für die Partei ein interessantes Zeichen
 dafür, wie weit auch in Handwerkerkreisen Anhänger unserer
 Partei zu finden sind. Es sind das die stillwärtigen Partei-
 anhängler, die vermöge ihrer Stellung im geschäftlichen Leben
 möglichst sich von einer öffentlichen Thätigkeit fernhalten
 müssen. Die konservative Presse zwar hat sich selbst be-
 ruhigend eingegeben, daß es doch nur ein kleiner Teil der
 Handwerksmeister sei, der zur Socialdemokratie halte,
 und daß wesentlich die Nachlässigkeit der übrigen den „Koten“
 die Uebermacht zugeführt habe. Das mag zu einem guten
 Teil richtig sein, beeinträchtigt aber unseren Erfolg nicht. Es
 tritt hier dieselbe Erscheinung zu Tage, die so oft im politischen
 Leben sich wiederholt, daß unsere Parteifreunde die eifrigsten
 und rührigsten in der Ausnützung ihrer politischen Macht-
 mittel sind.

Das ist ja das Wesen der Demokratie, daß sie dahin
 wirkt, die Volksmasse zur politischen und öffentlichen Verhätigung
 heranzuziehen, daß sie feind ist jener Nachlässigkeit und Gleich-
 gültigkeit, die systematisch von den bürgerlichen Parteien in
 der Bevölkerung großgezogen wird. Und regen wir mit
 unserem Eintritten in diese Organisationen die Thätigkeit
 unserer Gegner an, so ist auch das kein Schaden für die
 Partei; denn haben wir die Nachlässigen aus den Schlupfwinkeln
 bürgerlicher Behaglichkeit und Trägheit herausgestößt, dann
 müssen sie am politischen Leben Anteil nehmen; ihr Gesichts-
 kreis wird weiter, ihre Anschauung von der Arbeiterbewegung
 wird anders, als die, welche die bürgerliche Presse ihnen ein-
 geimpft hatte. Politische Regsamkeit, politische Verhätigung
 kann nur zum Vorteil der Demokratie, d. h. im engeren
 Sinne der Socialdemokratie, ausschlagen, während politische
 Denkfaulheit der Reaktion Voranschub leistet und dem Absolutis-
 mus das Rückgrat steift.

Deshalb möchten wir im Anschluß an das hier Gesagte
 auch die Arbeiter nochmals auf die Bedeutung
 ihrer Vertretung in den Innungen aufmerksam
 machen. So gering die Rechte der Arbeiter im Gesellen-
 ausschuss sind, nichts wäre verkehrter als hier Enthaltensamkeit
 zu üben. Wir können nur dringend raten, in allen
 Innungen ohne Ausnahme, ob Zwangsinnungen oder freie
 Innungen, ob sie bedeutungslos oder bedeutungslos sind,
 an den Wahlen zum Gesellenausschuss teilzunehmen.
 Besonders deshalb erweist sich die Teilnahme an der Wahl
 zu diesen Körperschaften notwendig, weil in nächster Zeit der
 letzte Abschnitt der Bestimmungen über die Handwerker-
 organisation in Kraft tritt, und damit den Gesellen-
 ausschüssen ein weiteres Feld der Thätig-
 keit eröffnet wird. Es handelt sich um die Er-
 richtung der Handwerkskammern, die sich zu
 einflussreichen Korporationen entwickeln können. Ähn-
 lich wie es die Landwirtschaftskammern und Handels-
 kammer schon heute sind. Auch hier ist eine
 Gesellenvertretung zugelassen, die von allen Gesellenausschüssen
 des Handwerkskammer Bezirks gemeinschaftlich gewählt wird.
 Sind also die Gesellenausschüsse in den Händen von Leuten,
 die socialpolitisch rückständig sind, so wird sich diese Gesinnung
 auch im Gesellenausschuss der Handwerkskammer widerspiegeln.
 Das kann uns nicht gleichgültig sein, denn diese Korporationen

sind befugt, in socialpolitischen Fragen Gutachten abzugeben,
 über dashalten von Lehrlingen Vorschriften zu erlassen, so-
 wie über eine ganze Reihe minder bedeutender Fragen Ent-
 scheidungen zu treffen.

Wirft hier ein Gesellenausschuss mit, der seiner Aufgabe
 nicht gewachsen ist, so können für die Arbeiter recht un-
 angenehme Urteile in socialpolitischen Fragen zu stande kommen,
 was uns so peinlicher berühren würde, da die Gesellen-
 vertretung das Recht hat, abweichend von der Auf-
 fassung der Meister ihre Gutachten besonders zu formulieren.

Mit dem hier Angeedeuteten ist das Gebiet der Thätigkeit
 der Arbeiter innerhalb der Innungsorganisationen nicht er-
 schöpft. Es gilt vor allen Dingen in den Innungs-
 Krankenkassen, die Innungs-Schiedsgerichte
 eine würdige Vertretung der Arbeiter zu entsenden. Wir
 möchten dabei den Wunsch aussprechen, daß die Arbeiter
 schneller die Bedeutung dieser Organisationen erfassen, als es
 seiner Zeit gegenüber der Orts-Krankenkasse und anderen Ein-
 richtungen der Versicherungsgesetzgebung geschah.

Für die Gewerkschaften bietet sich hier ein weites Feld
 erspriehlicher Thätigkeit und der Erfüllung neuer Aufgaben; denn
 den Gewerkschaften wird wohl in erster Linie die Aufgabe
 zufallen, diesen Dingen ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Vor
 allem gilt es, die Meinung aufzugeben, als ob uns diese
 Fragen nichts angehen. Wir haben allerorts unsere Thätig-
 keit zu entfalten, ohne unser Zutun darf kein
 Arbeitervertreter gewählt werden, es sei, wo
 es auch sei.

Aus England.

London, 26. Juli 1899.

Die letzten Nachrichten aus dem Transvaal. Der „Hochvertraute“ Schreiner.
 — Der Grenzstreit zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten und der
 „Schreiner“ Kanadas. — Aus der inneren Politik: Aufhebung des Telephon-
 monopol und Fortdauer des Londoner Wassermonopol: drohende Wasser-
 not in London.

Die Affären der hiesigen Jingo's sind in den letzten Tagen erheblich
 gesunken. Seitdem Präsident Krüger und das Transvaal-Parlament sich
 dazu entschlossen haben, der Einbürgerungs- und Wahlrechtsreform
 eine weniger verlockende Gestalt zu geben, will es nicht mehr
 gelingen, Stimmung für drastische Maßnahmen in Süd-Afrika zu
 machen. Der letzte dahingehende Vorzug war die Behauptung des
 „Standard“-Korrespondenten in Johannesburg, daß der Minister-
 präsident der Kapkolonie, Schreiner, Präsident Krüger letzten
 Mittwoch telegraphisch aufgefordert haben soll, keine weiteren
 Zugeständnisse zu machen. Schreiner ist belamühtig der
 Führer des „African“-Bundes im Kapgebiet, und wie der
 Bund selbst, ungewisselhaft heute den Transvaalboeren günstig gestimmt.
 Aus dieser Sympathie macht er keinen Hehl, das ihm nachgelagte
 Telegramm würde aber auf mehr als einen bloßen Beweis von
 Sympathie hinauslaufen. Es wäre eine feindselige Aktion gegen
 die britische Reichsregierung, die Herr Schreiner offiziell als
 Minister vertritt und als solche Aktion ein Stück Hochverrat. In
 diesem Lichte stellen es auch verchiedene Jingoblätter, denen Herr
 Schreiner und der Africanerbund ein arger Dorn im Fleisch sind,
 sofort hin und waren ganz und gar nicht erbaud, als sich
 herausstellte, daß Schreiners Telegramm thatsächlich nur eine Er-
 mahnung an Krüger war, nicht vorschnell der Reformbill eine neue
 „endgültige“ Fassung zu geben. Mit der denkbar unwirksamsten
 Miene nahm der „Standard“ seinen Angriff gegen Schreiner zurück
 und sprach von „übelberatenem“ Ueberreifer, während die eigentliche
 Heftigkeit über Doppelzüngigkeit und heimliche Ränke zerkerte.
 Sie hat ihren Ton erheblich herabschrauben müssen, seit sich heraus-
 gestellt hat, daß Schreiners Telegramm durchaus den offiziellen
 Depeschen des Kolonialamts entsprach, aber sie hat immerhin so
 viel erreicht, die Stimmung in den Kreisen der Kap-Holländer sehr
 zu verbittern. So feindselig, oder wenigstens noch einem Kompromiß,
 die Situation im Augenblick anschaute, so muß man doch immer noch
 auf Zwischenfälle gefaßt sein, die dem Stand der Dinge plötzlich ein
 neues Gesicht geben. Offiziell heißt es, daß die englische Regie-
 rung an den von Sir Alfred Milner in Bloemfontein gestellten
 Forderungen als Minimum festhalten wird, ohne indeß auf Preisungs-
 mittel zurückzugreifen, wenn die Beschlüsse der Transvaal-Regierung
 hinter ihnen um einiges zurückbleiben. Jedoch noch ist gar nichts
 Sicheres darüber entschieden, welches die Rechte der neuen Bürger
 bei der Wahl der Exekutive und ihre faktische Vertretung in der
 Gesetzgebung sein sollen, und bis diese Frage erledigt, können die
 Begeherten hüten und drücken noch viel Unfug anrichten. (Siehe
 die neuere Nachrichten in der heutigen Nummer. N. d. V.)

Witterweise ist an einem anderen Ende des britischen Weltreiches
 auf einen Augenblick ebenfalls das Gespenst eines Konflikts auf-
 getaucht. Der bekannte Streit Kanadas mit den Vereinigten Staaten
 um das Grenzgebiet von Alaska hat letzten Sonnabend im kanadi-
 schen Parlament Anlaß zu einer lebhaften Debatte gegeben. Die
 Situation ist in Kurzem folgende: Das Streitobjekt liegt im Gebiet
 des Küstentrichs, der sich im Westen von British-Columbia vom Berg
 Elias nach Süden zu bis zur Dixonstraße hinzieht. Dieser Küstentrich
 gehört nach dem Vertrag von 1828 zum Territorium Alaska, das
 damals an Rußland abgetreten, seitdem aber von diesen den Ver-
 einigten Staaten verkauft wurde. Seine Abgrenzung ist aienalens ganz
 genau fixiert worden, bei der Unwirtlichkeit des ganzen Districts
 kümmerte sich kein Mensch darum, ob er sich ein dipänes weiter ins
 Land hineinzog oder nicht. Durch die Goldfunde von Klondike hat
 sich das indes geändert. Kanada braucht eine bequeme Verbindung
 vom Goldgebiet zum Stillen Ocean, und der kürzeste und beste Weg,
 nämlich der nach der sich tief ins Land hinein erstreckenden Ylan-
 wucht, führt durch Gebiet, welches die Vereinigten Staaten
 als zu Alaska gehörig reklamieren. Nach ihrer Behauptung
 würde die ganze Wucht vom Land umschlossen, das zu
 Alaska gehört, während Kanada die Grenze so deklariert, daß der
 ganze innere Teil jener Wucht ihm zufiele.

Dies das hauptsächlichste Streitobjekt. Ein Kompromiß, behufs
 Ermöglichung eines Schiedspruchs, das Lord Salisbury vor einiger
 Zeit im Verein mit dem jetzigen hiesigen Gesandten der Vereinigten

Staaten ausarbeitete, scheiterte an der Schwierigkeit, die Streitenden
 zur erforderlichen Begrenzung ihrer Ansprüche zu bewegen. Vorher
 schon waren der kanadischen Regierung die Mittel zur Herstellung
 einer Eisenbahnverbindung zwischen dem Yukonfluß und dem nächsten
 unbefruchteten Hafen an der Westküste ihres Territoriums vom
 Senat, in dem die Oppositionspartei die Mehrheit hat, verweigert
 worden. Seitdem haben Angehörige der Vereinigten Staaten von
 Yankee-Niederlassungen in der Ylan-Wucht aus eine Eisenbahn er-
 richtet, welche die kürzeste Verbindung zwischen dem Yukon und dem
 Meere herstellt, und so den Kanadiern den Wind aus den Segeln
 genommen. Daher die Wutgriffe in der kanadischen Volksvertretung,
 ihr Widerpiel legten Sonnabend in der kanadischen Volksvertretung.

Besonders kampflustig benahm sich der Führer der Opposition,
 Sir Charles Tupper. Er schlug die mildesten Vergeltungsmaßregeln
 gegen die Vereinigten Staaten vor. Keinem „Ausländer“ —
 lies Yankee — sollten bis zur Erledigung des Streithandels
 Konzessionen zur Goldgräberei 2c. erteilt werden. Daß die Ver-
 einigten Staaten auf solchen Art mit sehr energischen Gegen-
 maßregeln antworten würden, socht den Führer der Konservativen
 nicht das mindeste an. Noch kümmerle es ihn, ob etwa das Wut-
 land in den Zollkrieg hineingezogen werde. Im Gegenteil, er be-
 schuldigte dieses, daran schuld zu sein, daß Kanada in dieser Frage
 Gefahr laufe, um sein Recht gekürzt zu werden. Es ist dies um des-
 willen bezeichnend, weil die schutzpolizeireichen kanadischen Konservativen
 sich sonst nicht genug auf ihre Lokalität zu gut thun konnten und
 den jetzigen liberalen Premier, Sir Wilfrid Laurier, in ähnlicher
 Weise als heimlichen Verbündeten des Landesgegners (lies hier:
 der Vereinigten Staaten) behandelten, wie die englischen Kap-
 Jingo's jetzt Mr. Schreiner als den Agenten Krügers hinstellen.
 Sir Wilfrid Laurier ist indes nicht auf den Schussoll-
 Leim gegangen. Bei einem Kampf mit solchen Waffen würde
 Kanada leicht den Kürzeren ziehen, erklärte er. Aber im
 übrigen meinte auch er, daß Kanada sich auf Bellegung keiner der
 übrigen Streitfragen mit den Vereinigten Staaten einlassen werde,
 bis nicht diese sich dazu verstanden hätten, den Streit um die Grenze
 von Alaska unter acceptablen Bedingungen einem Schiedsgericht zu
 unterbreiten. Da nun die Vereinigten Staaten wenig Lust haben,
 auf das einzugehen, was Kanada als acceptable Bedingungen
 bezeichnen, ist die Lösung all der Fragen zwischen England und den
 Vereinigten Staaten, an denen die Regierung Lord Salisburys sich
 seit Jahren abarbeitet, in unbestimmte Ferne gerückt. Es sei denn,
 daß die berühmten Beschlüsse der Haager Konferenz die Handhabe
 zur Bildung eines Schiedscomitees bieten, dem sich beide Streitenden
 willig stellen. Hier wird eine Probe auf das Exempel gemacht
 werden können, welchen Wert die Konferenz wenigstens in dem einen
 Punkt gehabt hat.

In der inneren Politik ist wenig von Belang zu melden. Eine
 der wenigen nützlichen Maßregeln, welche die Regierung in dieser
 Session zu stande gebracht hat, ist die Schaffung eines Centralamts
 in Irland für das gewerbliche und landwirtschaftliche Unterrichts-
 wesen. Sie brachte ihr ein Lob von seiten der irischen Ab-
 geordneten ein, gegen das, wie der Parlaments-Verichterschlaf des
 „Daily Chronicle“ schreibt, das den Liberalen für die Durchföhrung der
 Homerulebill erteilte Lob eifrig war. Ein weiteres nützliches Stück
 Gesetzgebung ist das Gesetz, das dem ständalösen Monopol der
 Gesellschaft, die das Telephonwesen vom Staat gepachtet hat, und
 dank dem England im Fernsprechwesen hinter allen Ländern zurück-
 geblieben ist, ein Ende machen soll. Diesen Reformen steht aber,
 neben der ganz unverföhrlichen Finanzpolitik, die Unterstützung des
 Monopols der großen Londoner Wasserleitungs-Aktiengesellschaft
 durch die Regierung und die Regierungspartei gegenüber, welche
 Unterstützung vor allem dadurch geradezu verbrochenerisch genannt
 werden muß, als das Monopol, wie es heute beschaffen ist, keine
 Gewähr für eine jederzeit ausreichende Versorgung der Hauptstadt
 mit Wasser darbietet. Die unablässig wachsende Bevölkerung macht
 die Eröffnung neuer Bezugsquellen von Wasser von so großer Wichtig-
 keit notwendig, wie sie von Privatgesellschaften nicht zu erwarten ist.
 Auf jeden Fall schwebt infolge der Trockenheit der letzten Wochen
 schon wieder das Drohgepenst einer Wassernot über der Hauptstadt,
 und zwar eine Wassernot von viel größerem Umfange als die des
 Vorjahres, die das ganze Ost-London — das London der Proletarier —
 in schredlicher Weise heimsuchte. Der Wasserstand der oberen Themse,
 aus der verschiedene der Kompagnien ihr Wasser beziehen,
 ist weit niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres, desgleichen
 der des flussigen Lea, der Ost-London einen Teil seiner Wasserzuföhr
 liefert, der letztgenannte Fluß außerdem auch noch gründlich ver-
 wüstet — kurz, die nächsten Wochen können, wenn nicht sehr starke
 Regengüsse erfolgen, für London wahrhaft verhängnisvoll werden. Es
 steht zu hoffen, daß es nicht dahin kommt, und nicht Unschuldige für das
 sträfliche Verhalten der Parteigänger des Monopols mit Schuldhaft
 und Leben zu büßen haben. Aber die Schuld, welche die letzteren
 durch Hintertreibung aller auf Abstellung des jetzigen Mißstandes
 gerichteten Maßregeln auf sich geladen haben, wird darum nicht ge-
 ringer, wenn die Günst des Wetters die Londoner Bevölkerung vor
 den ärgsten Folgen ihrer Politik behütet. Leider ist in dieser Hien-
 lichts, gerade weil sie so gewaltigen Umfang angenommen, bei der
 großen Masse der Bevölkerung der kommunale Gemeinfinn umgemein
 schwach entwickelt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. August.

Das unverbesserliche Sachsen.

Bekanntlich ist die Wahl des Antisemiten, Mörtelfabrikanten
 Lohse im achten sächsischen Reichstags-Wahlkreise vom Reichstage
 laffiert worden, weil die Behörde, die Antisemitenmännlichkeit zu
 Pina, in ganz unbegründeter Weise die gesetzlich erlaubte Wahl-
 agitation der Socialdemokraten gehindert hatte. Es handelte sich
 um eine socialistische Wahlversammlung in Hohnstein, die von der
 Antisemitenmännlichkeit aus nichtigen Gründen verboten wurde.
 Die Wahlprüfungskommission des Reichstags und letzterer selbst
 haben nun ihren Entscheid bei der Ungültigkeitserklärung der Wahl
 Lohses in der unzweideutigsten Weise zu erkennen gegeben, daß ein
 solches Verfahren völlig unzulässig ist, und eine auf solche Weise
 zu stande gekommene Wahl die Billigung des Reichstages
 nicht findet.

Man sollte meinen, daß sich eine Behörde, besonders die, welche es im besonderen Falle angeht, an eine derartige Direktive lehrt. Weit gefehlt. Die Wahlkommission im achten Kreise ist bereits flott im Gange. Jetzt sollte nun eine sozialdemokratische Wahlversammlung in Großschadowitz in dem Lokale stattfinden, in welchem der dortige Arbeiterverein seine regelmäßigen Versammlungen abhält. Diese Wahlversammlung ist nun von der Amtshauptmannschaft verboten worden, weil — das Lokal zu klein, deshalb ungeeignet zu solchen Versammlungen sei. — Die Behörde bezieht sich dabei auf den § 12 des sächsischen „Zuwells“, nach welchem Versammlungen, Anzüge, Festlichkeiten bei dringender Gefahr für öffentliche Ruhe, Ordnung etc. verboten werden können. Dieses Verbot ist genau so ungerechtfertigt, wie das seinerzeit in Hohnstein. Auf diese Weise wäre es der Behörde ein Leichtes, die Versammlungen in allen kleineren Lokalen — das fragliche sagte etwa 70 Personen —, in kleinen Orten, zu verbieten und so die Wahlkommission zu unterbinden. Das ist in diesem Falle um so bedauerlicher, weil es sich bei der Entscheidung möglicherweise um wenige Stimmen handelt kann, wie jetzt die Situation im Kreise steht.

So etwas unternimmt dieselbe Behörde, die eben erst vom Reichstag wegen der gleichen Sache in der unzweideutigsten Weise auf das unzulässige dieser Handlung aufmerksam gemacht wurde. Unterzeichnet ist das Verbot vom Amtshauptmann von Teubern. Das geht denn doch über das gewöhnliche Maß von behördlicher Selbstherrlichkeit, wie man sie in Sachsen gewöhnt ist, hinaus. Das ist eine amtliche sächsische Kriegserklärung gegen den Reichstag!

Auch sonst wendet man bei diesem Wahlkampf „sächsische Mittel“ gegen die Opposition an. Ein paar Flugblattverteiler der freisinnigen Volkspartei, die sich energisch an der Wahlkommission beteiligen, haben je auf 10 M. lautenden Strafmandate erhalten, weil sie Leuten Flugblätter gaben, die zufällig aus der Kirche kamen. Das soll „grober Unfug“ sein. Weiter klagen die Freisinnigen, daß ihnen die Versammlungslokale abgetrieben werden. Alle diese Dinge kommen den Freisinnigen sehr „spanisch“ vor, weil früher nur die Sozialdemokraten damit bedacht wurden. —

Bilder aus dem Soldatenleben.

Aus Elsay-Lothringen wird uns geschrieben: Der Ausmarsch, den das in Mülhausen garnisonierende 4. Badische Infanterie-Regiment Nr. 112 in der Gluthitze des 22. Juli, wohl des heißesten und schwülsten Tages im heurigen Sommer, zu machen hatte, hat nunmehr noch ein zweites Todesopfer gefordert. Dem Bahnassistenten und Unteroffizier der Reserve Schneider, der, wie bereits mitgeteilt, noch an demselben Tage dem Hitzschlag erlegen war, ist sechs Tage später der Unteroffizier der Reserve Henri Graf im Tode gefolgt, nachdem er bis dahin im Lazarett an den Folgen der ungewohnten Strapazen darniedergelegen hatte. Graf war etwa 27 Jahre alt und, ebenso wie Schneider, seit kurzem verheiratet. Die verantwortliche militärische Kommandostelle hat also, angesichts der äußerst traurigen Folgen der für jenen Unglückstag getroffenen dienstlichen Anordnungen, eine doppelt schwere Verantwortung auf sich geladen.

Wird durch Marsch- und Felddienstübungen, wie sie an jenem 22. Juli bei den 112ern stattfanden (der Wetterbericht des meteorologischen Landesdienstes weist für den Tag in Mülhausen eine Maximaltemperatur von 33,5 Grad Celsius nach), schon bei den an die Strapazen des Sommerdienstes gewöhnten Mannschaften des aktiven Dienststandes die Leistungsfähigkeit des Einzelnen bis zur Grenze des Möglichen in Anspruch genommen, so muß es als geradezu befremdend bezeichnet werden, wenn man den größtenteils im Alter von 24—28 Jahren stehenden Reservisten, die erst einen Tag vorher nach zum Teil jahrelanger Unterbrechung den „Rud des Kaisers“ wieder angelegt hatten, dieselben Strapazen zumutet.

Dazu kommt, daß im Mülhäuser Falle bei den Dispositionen für den Dienst des 22. Juli an maßgebender Stelle über die zu erwartende Witterung auch nicht der geringste Zweifel obwaltete, da die Hitzeperiode schon einige Tage angehalten hatte und die amtlichen Wetterberichte ein noch weiteres Steigen der Temperatur in Aussicht stellten.

Wenn trotzdem die Truppen erst um die Mittagsstunde von ihrem Ausmarsch in die Kasernen zurückkehrten, so können die verantwortlichen Kommandostellen für sich kaum ein entschuldigendes Moment in Anspruch nehmen. Die Bevölkerung unseres Landes, wo die beiden Todesfälle in den besten Lebensjahren stehender junger Männer berechnete Enttäuschung hervorgerufen haben, verlangt eine genaue Untersuchung der Angelegenheit und Bestrafung der Schuldigen. —

Austritt des Kabinetts Vandenpeereboom.

Das Ministerium Vandenpeereboom ist nicht mehr. Nach den neuesten Depeschen hat es seine Demission eingereicht, und ist Herr De Smet de Nayer, ein Ministerialrat etwas anderer Nuance, zur Bildung eines neuen Ministeriums zum König berufen worden.

Herr Vandenpeereboom würde wohl nach dem Zusammenstoß des Volkes sofort von dem Schauplatz abgetreten sein, wenn er sich nicht der Hoffnung hingeeben hätte, unter den verbündeten Begnern, die ihm die Niederlage beigebracht haben, werde Streit ausbrechen. Ganz unbegründet war diese Erwartung auch nicht. Im Schoße der Kommission, der die Wahlvorlage der Regierung unterbreitet ward, kam es in der That zu Differenzen zwischen dem bürgerlich Radikalen Vorstand und den Sozialisten, welche letztere auf Durchsetzung des allgemeinen Stimmrechts und der Proportionalwahl bestanden, während Vorstand sich mit der Proportionalwahl begnügen wollte. Zu einem förmlichen Bruch, wie die Regierung gehofft hatte, kam es indes nicht, und in der gestrigen Sitzung der Kommission wurde der reaktionäre Gesetzentwurf der Regierung mit 8 Stimmen gegen 1 Stimme und 7 Enthaltungen abgelehnt. Kein anderer Vorschlag fand die Majorität. Für den Regierungsentwurf stimmte also nur ein Mitglied. Das war ein Witz mit dem Hauptstahl, den selbst der dickhäutige Vandenpeereboom nicht missverstehen konnte.

Ueber die heutige Kammer Sitzung in Brüssel berichtet folgendes Telegramm:

Repräsentantenkammer. Zu Beginn der Sitzung teilt Ministerpräsident Vandenpeereboom mit, daß das Kabinett infolge des gestrigen Beschlusses der Wahlreform-Kommission dem König seine Demission überreicht habe. Der Minister fügt hinzu, das Kabinett werde, wenn die Kammer dagegen nichts einzuwenden habe, sich zur Verfügung der letzteren halten, um die laufenden Sachen erledigen zu können. Vandenpeereboom (Socialist) protestiert dagegen und verlangt Vertagung jeder Debatte, da man nicht verhandeln könne, wenn keine verantwortliche Regierung vorhanden sei. Die Repräsentantenkammer schloß sich schließlich dem Vorschlag dem Vorschlag Vandenpeereboom an, mit der Prüfung der auf der Tagesordnung stehenden Gesetzentwürfe fortzufahren, ohne indessen einer Diskussion Raum zu gewähren. So unterließ auch hauptsächlich die Diskussion über die Vorlage betreffend die Brüsseler Straßenbahnen.

Die Repräsentantenkammer schloß sich schließlich dem Vorschlag Vandenpeereboom an, mit der Prüfung der auf der Tagesordnung stehenden Gesetzentwürfe fortzufahren, ohne indessen einer Diskussion Raum zu gewähren. So unterließ auch hauptsächlich die Diskussion über die Vorlage betreffend die Brüsseler Straßenbahnen.

Der Generalrat der sozialdemokratischen Partei hielt gestern eine längere Sitzung ab, in welcher beschlossen wurde, an der bisherigen Taktik festzuhalten und kein Wahlgesetz zu votieren, ehe die Kammer aufgelöst und Neuwahlen angeordnet sind oder eine Befragung des Landes durch das Referendum stattgefunden hat.

Inwiefern sich die Liberalen (Radikalen) dieser Taktik anschließen werden, bleibt noch abzuwarten.

Wie es scheint, wird das neue Ministerium ein Gesetz für Einführung der Proportionalwahl vorlegen. Dieses Gesetz würden die Liberalen annehmen, und auch unter den Sozialisten erheben sich Stimmen für die Annahme als neue Wahlsatzung. Jedenfalls ist aber die Partei einig darin, die Massen-Agitation für das allgemeine Wahlrecht fortzusetzen, bis dieses Ziel erreicht ist. Bemerkenswert ist, daß in Belgien, ähnlich wie in Baden, der Liberalismus solchen Gefallen an dem Proportionalwahlrecht hat. Es erklärt sich dies wohl daraus, daß der auf dem Aussterbe-Graf stehende Liberalismus von vornherein auf die Majorität verzichtet und sich wenigstens so lange als geht eine Minoritäts-Vertretung zu sichern sucht. —

Deutsches Reich.

Ein mißglückter Kuhhandel.

Während die Konservativen nicht genug aber das Centrum zernern konnten, daß es mit den Sozialdemokraten Kuhhandel getrieben, stellt sich jetzt heraus, daß die Konservativen selbst verlegt hatten, das Geschäft abzuschließen.

Die konservative „Süddeutsche Landpost“ giebt zu, daß nicht nur der Führer der Bauernbündler, Lutz, den Sozialdemokraten ein Wahlbündnis für die bayerischen Landtagswahlen im Wahlkreis Hirsch brieflich angetragen hat, sondern daß auch der Bürgermeister Scharrer von Hohenried persönlich bei dem Sozialdemokraten Segitz war, um sich über ein solches Kompromiß zu besprechen, ferner daß der Redakteur der „Südd. Landp.“ selbst von Scharrer nach Hirsch eingeladen wurde, wo über diese Bündnisse dann endgültig beschlossen werden sollte.

Das Kompromiß kann zwar nicht zu stande, der Fall beweist aber, daß auch die Konservativen — mit dem Umfuge sich gern verbinden. Es geht ihnen, wie den Franzosenfreiern, die keinen Wälgen leiden mögen, aber ihre Weine mit Vergnügen trinken. —

Die abgefasste Kaiserretze. Mit Recht bestreitet der „Reichsbote“ die „hinterthronartige“ Darstellung, die der „Local-Anzeiger“ gestern über die Gesinde gab, welche den Kaiser veranlaßte, die angekündigte Reise nach Dornmund plötzlich aufzugeben:

„Daß der Kaiser mit der Proklamierung seines unbedingten Willens auf das Vieleselender Programm hingiebt, steht fest; daß er dabei ebenfalls den Schutz der Arbeitwilligen wie die Kanalvorlage in das Auge gefaßt haben dürfte, wird ebenso sicher sein. Daß die Haltung der radikalen, liberalen und ultramontanen Presse gegenüber dem Vieleselender Telegramm... auf den Kaiser abgedacht hat wirken müssen, ist auch richtig; aber es heißt doch den laienhaften Erwägungen und Entschlüssen einen solchen Ueberalter und kleinen Schein unterzulegen, wenn man sie davon allein abhängig machen will, wie es hier geschieht. Die nächste Zeit wird darüber bald weitere Klärung bringen.“

Der letzte Satz ist zu optimistisch. Eine Klärung ist in unseren politischen Verhältnissen für absehbare Zeit nicht zu erwarten. —

Ganz verwascht ist nun Berlin. Es hat keinen Oberbürgermeister und keinen Oberpräsidenten. Herr v. Klenow hat bisher keinen Nachfolger bekommen!

Die Verzögerung der Ernennung des Oberpräsidenten hängt offenbar mit der ewigen Nichtbestimmung des Oberbürgermeisters zusammen. Man möchte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, weiß aber nur nicht, wie. —

Eine Zuchthausvorlage gegen die Maul- und Klauenseuche. Ein hübsches Mittel gegen die Maul- und Klauenseuche schlägt das Bündlerblatt in Parel, die „Tage-Zeitung“, vor:

„So lange das Einschmuggeln nicht aufhört, hört die Seuche auch nicht auf. Das einfachste Mittel wäre: jeder Vieheinschmuggler müßte einfach erschossen oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft werden. Auch müßte für die Entlieferung eines Schmugglers eine bedeutende Prämie, etwa 200 M. für jeden, ausgesetzt werden, und wer wissentlich ein geschmuggeltes Vieh kauft, müßte ebenfalls mit Zuchthaus bestraft werden usw.“

Als ergänzende Bestimmungen gehören in diese Standrechts- und Zuchthausvorlage jedenfalls auch solche Paragraphen, die den heimischen Seuchensörderern, denen die Seuchen verheimlichen und krankes Vieh verkaufen, Todesstrafe und lebenslängliches Zuchthaus androhen. Nach der letzten Kriminalstatistik hatten sich 2857 derartige Krücker gegen die Seuchengesetze zu verantworten, von denen 1782 verurteilt wurden, aber nicht zum Tode oder Zuchthaus! —

Vom Afrikaner Ocker. Wie der „Hamburgische Korrespondent“ aus Berlin meldet, hat jetzt das Ockergericht den Afrikaner Ocker, der seinerzeit durch Verletzung des Aeten Adlerordens zweiter Klasse ausgezeichnet wurde, als der jugendlichen Zeit zum Offiziersberuf unzulässig bezeichnet.

Ein Baare-Denkmal ist in Vohum enthüllt worden. Auf dem Sockel befindet sich eine feine Darstellung: Der Genius des Bösen, der die Jüge Kusangels trägt, nimmt Reichthum vor einer Lichtgestalt, in deren künstlerisch gestaltetes Gewand als dekoratives Muster „10%“ eingewirkt worden ist. So viel beträgt nämlich die diesjährige Dividende des Vohumer Vereins, dessen Direktor der selbige Baare gewesen ist. —

Ein Totschlagger. In der „Oberelbischen Landeszeitung“, dem unter geistlicher Leitung herausgegebenen Organ der Liberalen Wählervereine, findet sich ein Entreskiz, das sich mit der — natürlich von der Sozialdemokratie erfundenen — Darwinischen Selektionstheorie beschäftigt und den frommen Lesern die geistig bedenklich weit rückständigeren Sozialdemokraten als „hochentwickelte Affen“ vorführt, von denen nur noch eines unverständlich sei, nämlich daß sie den Mund immer so voll nehmen und ein „menschwürdiges Dasein“ verlangen. Dann fährt der Artikel wörtlich fort:

„Der seinen Stolz darin setzt, ein hochentwickelter Affe zu sein und etwa sich noch höher entwickeln will, der werde Sozialdemokrat und lasse sich solche weiße Reden vorpanzen. Er muß es dann weit bringen. Unseren Bourgeois, Schachmachern und den Sozialistengegnern würden wir dann auch dringend empfehlen, wenn es sich bei der ganzen sozialen Frage nur um das unbedeutende und ungesunde Bestreben solcher Affen handelt, möge man einmal eine gute Portion dieser Schreier einfach einschlagen. Es sind dann weniger Ehemänner da, ein Vortheil und weniger Heu- und Schwammgeister; — ein gut Stück der sozialen Frage ist gelöst. Mit Affen wie mit anderem Gethier macht man bekanntlich wenig Federlesen, sobald es einem unbedeutend wird. Das ist oes Menschen Recht! Man benützt es, soweit es dienlich ist. Wird es unangenehm oder gar gefährlich, dann weg damit! Zum Abdecker und auf den Schindanger! So gebührt dem Vieh, auch dem hochentwickelten.“ —

Wir haben diesem geistlichen Elaborate, dessen Vater sich in seiner schwächlichen Wit gegen die Sozialdemokratie offenbar zu einer geläuterten Auffassung der christlichen Grundzüge durchgerungen hat, nichts hinzuzufügen, es sei denn ein mild-verächtliches: Sie wissen nicht, was sie reden! —

Sächsischer „grober Unfug“. Einige Arbeiter in Meissen und Gölln bekommen jetzt, so wird aus Dresden geschrieben, jeder ein auf drei Mark lautendes Strafmandat, weil sie großen Unfug begangen haben sollen. Die Betroffenen gingen gemeinschaftlich von einer sozialdemokratischen Versammlung, die in Weinböbla stattgefunden hatte, nach Hause zu. Darin erblühte aber der dortige gewaltige Gemeindevorstand Rudelt von Weinböbla, einen — vertretenen Umzug. Deswegen die Strafmandate.

Zur kommunalen Wahlrechts-Bewegung in Schleswig-Holstein. Die Zahl der gegen die Aufstellung der Bürgerrolle Protest erhobenen Personen entspricht, wie uns aus Kiel berichtet wird, leider nicht den gegebenen Erwartungen. Inmehrin jedoch haben in Kiel ca. 8000 Personen sich beschwert.

Ein vernünftiges Urteil fällt das Schöffengericht in Lebe bei Bremerhaven. Der Maurer Groß sagte in Beziehung auf den ihm begehrenden Maurer Geiz zu einem Dritten: „Da kommt Einer mit der Peitsche her, der geht auch zur Arbeit, der Streibredner.“

Das Schöffengericht, dem er schließlich zur Aburteilung wegen Beleidigung zugewiesen wurde, sprach ihn frei mit der Begründung, daß in dem Worte Streibredner keine Beleidigung liege. Es enthalte nur den Vorwurf, daß der Zeuge an einer gesetzlich erlaubten Arbeitseinstellung nicht teilnahm. Da aber bei einem bestehenden Streit das Weiterarbeiten einzelner nicht streikender Arbeiter keine ehrenrührige Handlung ist, so kann auch in dem Vorwurf dieser Handlung eine Ehrverletzung nicht gesehen werden. Demnach war auch Groß der Beleidigung nicht schuldig.

Wir halten die Freisprechung für durchaus richtig, weil wir die einfache Konstatierung der Thatfache, daß jemand ein Streikbrecher ist, niemals als Beleidigung ansehen können. Aber auch für die Schutzheiligen der Justizhandlung vorlage und der Streikbrecher wird die Begründung des Urteils befriedigend sein, da sie endlich die Eintricht in der sittlichen Beurteilung der Streikbrecherei herstellt, während bisher der Vorwurf der vor dem politischen Forum als staatsverderblich geltenden Handlung von den Gerichten als ehrenverlegend angesehen wurde.

Abnahme der Trunksucht. Nach den Mitteilungen des Geschäftsführers des Vereins zur Bekämpfung der Trunksucht, Dr. Wode, ist in Deutschland eine erhebliche Abnahme der Trunksucht zu verzeichnen. Der Alkoholverbrauch ist pro Kopf der Bevölkerung von 4,7 auf 4,2 Liter zurückgegangen. Auf 100 Krankheitsfälle in Krankenhäusern und Heilanstalten kamen 1888 noch 2,7 Proz. von Alkohollismus vor, 1894 nur 1,8 Proz. Die Sterblichkeitsstatistik der Landesämter bestätigt, daß die Zahl der Todesfälle infolge von Alkohollismus auf die Hälfte zurückgegangen ist. —

Hebung des Handwerks! Man schreibt uns:

Ein Kleinhandwerker in der Provinz, der Frau und fünf Kinder zu ernähren hatte, konnte zwei Wechsel, einen im Betrage von 21,55 M. und einen im Betrage von 46,55 M., nicht rechtzeitig einlösen. Die Firma, eine Aktiengesellschaft, gewährte keine Frist, sondern übertrug die Sache einem Rechtsanwalts in Berlin. Der Prozeß begann 1895 und hatte nach zwei Jahren folgendes Gesicht:

I. Hauptsumme	21,55 M.
Berechnete Zinsen bis zu den einzelnen Zahlungen	— 80
Wechselkosten	4,95
Vollstreckungsgebühr, Schreibgebühr und Porto des Rechtsanwalts	2,35
Urteilsvollstreckung	— 50
II. Hauptsumme	46,55
Zinsen bis zu den einzelnen Zahlungen	1,60
Wechselkosten	9,40
Vollstreckungsgebühr und Porto des Rechtsanwalts	1,85
Urteilsvollstreckung	— 50
Verhandlungs- und Leistungsgebühr	3,10
Kostenanweisungen und Reiseporto	1,70
III. Festgesetzte Prozeßkosten	30,35
Kosten der zwei Beschlässe	1,20
Zufstellung derselben	1,40
Vollstreckungsgebühr und Porto des Rechtsanwalts	2,00
Kostenanweisungen	— 60
Verhandlungs- und Leistungsgebühr	2,60
Reiseporto	— 80
	184,35 M.

20./3. 95:	1. Zahlung an den Gerichtsvollzieher	10,— M.
	2. „	3,—
	3. „	8,—
	4. „	9,—
	5. „	15,—
	6. „	10,—
	7. „	5,—
	8. „	12,—
	9. „	10,—
	10. „	6,—
	11. „	15,—
	12. „	10,—
	13. „	10,—
	14. „	6,—
	15. „	10,—
4./3. 97:	16. „	— 85
		184,35

Im also ca. 70 M. in Raten abzahlen zu können; Gerichtsverhandlungen, Pfändungen, Versteigerungsandrohungen, Kosten, und wenn der Mann seinen ehelichen Willen zur Ausführung bringen und seine Familie vor öffentlicher Armut bewahren konnte, so verdankte er es der Raschheit und Güte des Gerichtsvollziehers!

Ein Einzelbildchen aus der kapitalistischen Schuldbuchhaltung. —

Eine Folge des Arbeitermangels in Ost- und Westpreußen ist, so schreibt man uns aus Ostpreußen, daß sich die Schöffengerichte häufig mit angellagten Arbeitgebern deshalb zu beschäftigen haben, weil die letzteren Leute in Arbeit genommen haben, welche sich nicht durch einen sogenannten Abzugschein oder Losschein darüber ausweisen konnten, daß sie ihr vorhergehendes Arbeitsverhältnis ordnungsmäßig gelöst haben. Solche Arbeitgeber werden regelmäßig mit 15 M. Geldstrafe, sind sie schon einmal wegen derselben Sache verurteilt, mit 30 und mehr Mark Geldstrafe bestraft. In den letzten Tagen sind z. B. vom Schöffengericht in Miesenburg zwei Schuldige wegen dieses Vergehens bestraft.

Daß die Leute verurteilt werden, ist höchst merkwürdig. Hat doch das Kammergericht als höchste Instanz mehrmals, zuletzt erst vor ganz kurzer Zeit ausgesprochen, daß eine Regierungs-Vollstreckungsverordnung, welche der Gumbinner Regierungspräsident erlassen hatte, die mit Strafe beizutragenden Arbeitgeber ländlicher Arbeiter bedrohte, welche Gesinde oder ähnliche Personen in Dienst nehmen, ohne sich vorher die Abzugscheine der früheren Herrschaft der Leute vorzeigen zu lassen und sich so von ihrer ordnungsmäßigen Entlassung zu überzeugen, unzulässig ist.

Von dieser Kammergerichts-Entscheidung haben die ländlichen Arbeiter und Besizer keine Kenntnis, da die Actenblätter und die Blätter mit agrarischer Tendenz, die auf dem Lande in Ost- und Westpreußen meist gelesen werden, keine Notiz davon genommen haben. In fast allen Fällen beruhigen sich die Leute daher bei dem Urteil des Schöffengerichts. Für die Arbeiter ist dieser Zustand sehr schädlich, da ihnen der Nachschub oft vorenthalten oder nicht rechtzeitig ausgedient wird, so daß ihnen die Erlangung einer anderen Arbeitsstelle sehr erschwert wird. —

Armenpflege in Ostpreußen. Man schreibt uns aus Königsberg: Noch ganz kürzlich verstarben die Klindowström und Konforten im Reichstaac, daß von einer Rot der Leute in Ostpreußen

keine Rede sein könne; die Wohnungen seien nicht schlecht, die Löhne ausreichend und für die Kranken und alten Arbeiter werde in ausreichender Weise gesorgt. Die Armenpflege läßt aber auf dem Lande in Ostpreußen so viel zu wünschen übrig, daß hier Abänderung zur bringenden Notwendigkeit wird.

Gutsbesitzer oder Gemeinden, welche für arbeitsfähige Arme zu sorgen haben, suchen oft so weit es nur irgend angeht, sich ihren Pflichten zu entziehen. Die Orts- oder Gutsarmen werden vielfach in Ställen oder sonstigen unbewohnten Pöchern einquartiert und in der unzureichendsten Weise verpflegt. Nicht selten wird aber einfach der Hilfsbedürftige nach der Kreisstadt abgeschoben.

Wie den Vorschriften des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz von den Armenverbänden entgegengehandelt wird, zeigt folgender Fall: Auf dem Bahnhof in Osterode (Kreis Osterode) traf dieser Tage eine schwer kranke Frau ein, welche außer Stande war zu gehen und die nach dem Wartejahr gefährt werden mußte. Auf polizeiliche Veranlassung wurde sie in Privatpflege untergebracht. Als die Frau vernommen wurde, gab sie an, mit einem 72jährigen Arbeiter verheiratet und in einem einige Meilen entfernten Dorfe wohnhaft zu sein. Als sie vor Wochen schwer erkrankte, stellte ihr Mann, der mittellos und außer Stande war, ihr die nötige Pflege angedeihen zu lassen, bei dem Gemeindevorstand wiederholt den Antrag, die Aufnahme der Frau ins Krankenhaus zu Osterode zu veranlassen. Der Gemeindevorstand weigerte sich, dem Antrage stattzugeben unter Hinweis auf die der Gemeinde zuzurechnenden Kosten. Die Frau hatte infolge des schlechten Lagers, der ungenügenden Pflege und der Hitze in der kleinen Wohnung entsetzliche Qualen auszustehen. Schließlich konnte sie dieselbe nicht mehr ertragen. Sie verkaufte für 50 Pf. ihr einziges Paar Schuhe; ein Vetter fuhr sie zur nächsten Wohnstation, nachdem sie ihm versprochen, nach ihrer Genesung dafür ein paar Tage zu arbeiten. Für die erlösten 50 Pf. konnte die Frau sich die Fahrkarte bis Osterode kaufen, wo sie halbtags ankam. Dem Vetter bleibt sie die Arbeit schuldig, da sie im Kreislazarett, wohin sie gebracht werden mußte, bald nach ihrer Einlieferung starb. Bei genügender Pflege und rechtzeitiger ärztlicher Behandlung wäre die erst 50 Jahre alte Frau aller Wahrscheinlichkeit nach am Leben geblieben. Der alte, erwerbsfähige Ehemann und ein sieben Jahre alter Sohn haben nun eine recht trübe Zukunft vor sich.

In diesem Fall hat eine Gemeinde in geradezu unverantwortlicher Weise ihre Pflicht nicht getan, doch wird von Gutsbesitzern oft genug ebenso verfahren.

Die Volksversicherung ein Mittel zur Linderung der „Leutenot“. Die Arbeiter sind unermüdet im Ausfinden von Mitteln, die geeignet sind, die Landarbeiter an die Gutsbesitzer zu legen. In der landwirtschaftlichen Zeitschrift der „Elbinger Zig.“ wird ein neuer Vorschlag gemacht. Die Volksversicherung soll als Mittel zur Heranziehung braver Dienstboten und Tagelöhner dienen. Es soll durch dieselbe Arbeiter und Dienstboten ein nettes Kapital gesichert werden, das nach einer zu bestimmenden Anzahl von Jahren ausbezahlt wird. Es wird vorgeschlagen, daß ein 30 Jahre alter Arbeiter, der bis zum 60. Lebensjahr wöchentlich 20 Pf. zahlt, 600 M. ausbezahlt erhalten kann, wenn auch der Arbeitgeber 20 Pf. pro Woche zahlt. Mit einem Beitrag von 10 Pf. pro Woche könnte einem Dienstboten eine Summe von 77 M. gesichert werden, welche nach 15 Jahren zur Auszahlung gelangt. Wörtlich heißt es dann in dem Artikel:

Sollte die versicherte Person früher sterben, so kann die Versicherung auf einen anderen Dienstboten umgeschrieben werden, falls man das auszahlende Kapital nicht den Hinterbliebenen zu gute kommen lassen will. Wird das Dienstverhältnis aus irgend einem Grunde aufgegeben, so behält natürlich die Herrschaft das Verfügungsrecht über die Police.

Wie echt agrarischer Dreistigkeit wird es als „natürlich“ bezeichnet, daß die Police in den Händen des Arbeitgebers bleibt, wenn das Dienstverhältnis gelöst wird, trotzdem der Arbeiter ebenfalls Beiträge gezahlt hat.

Die Annahme, daß diese Versicherungsart zur Lösung der Frage der Arbeiternot beitragen kann, wird sich, wenn der Versuch gemacht wird, als irrig herausstellen. Durch die geringe Aufsicht auf eine kleine Geldsumme nach einigen Jahrzehnten werden sich die Arbeiter nicht lockern lassen. Diejenigen, welche den ostheißigen Gesellen den Rücken kehren, thun das, um sich o n j e t bessere Arbeitsbedingungen zu erhalten.

Strasburg i. G., 30. Juli. (Hh. Bericht.) Die reichsständische Ausweisungsschönheit hat einen neuen Fall polizeilicher Willkür zu verzeichnen. Der hier in Arbeit stehende italienische Maurergeselle Giovanni Caranini, ein ruhiger fleißiger junger Mann, bekam am Donnerstag die Ausweisungsbefehle zugestellt und mußte bereits am folgenden Tage Elsas-Bohningen verlassen. Caranini ist, wie unser Partei-Organ mitteilt, derselbe italienische Arbeiter, der gelegentlich der Verbreitung von Flugchriften der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gegen die Justizhandschraube in hiesiger Stadt verhaftet worden war, ehe er auch nur ein einziges Exemplar der Druckarbeiten aus der Hand gegeben hatte. Man mußte ihn notgedrungen wieder auf freien Fuß setzen, unterwarf ihn dann einer Hausung und zahlreicher Vernehmungen, konnte aber mit dem besten Willen keine Anklage gegen den jungen Mann formulieren, da er sich eben nicht das geringste Strafbare hatte zu schulden kommen lassen, es sei denn, daß man die Teilnahme und thätige Mitwirkung an der Arbeiterbewegung zu einem Verbrechen stampeln wollte. Die Ausweisung ist nun die Vergeltung, die unser Ausnahmungs- und Diktatorregiment an dem „lästigen“ gewordenen Fremdling übt. Unter Unternehmern, die zu Ruh und Prommen des dreimal geheiligten Geldes die braunen Schöne des Sildens zu Tausenden ins Land geholt hat, jubelt den polizeilichen Maßregeln natürlich Weisheit zu, wenn ihm die Leute wieder vom Halse geschafft werden, die seine Hoffnungen getäuscht und, anstatt sich als willenslose Ausbeutungsobjekte gebrauchen zu lassen, ihren Blag in den Reihen der kämpfenden Massen genossen ausgefüllt haben.

Von der deutschen Schiffahrt.

Bei der Thatsache des fortgesetzten und ununterbrochenen Wachstums der deutschen Handelsflotte ist es eine interessante Erscheinung, daß dieser Aufschwung nur einzig und allein auf die deutsche Nordseeflotte entfällt und daß nicht nur nicht die deutsche Ostseeflotte an diesem Gedeihen beteiligt ist, sondern sogar von Jahr zu Jahr zurückgeht. Nach den von vorliegenden Zahlen ist der Gesamt-Raumgehalt dieser Flotte von 440 000 Tonnen im Jahre 1871, auf 829 000 Tonnen im Jahre 1880 und 280 000 Tonnen im Jahre 1886 zurückgegangen. Dieser Rückgang entfällt einzig auf die Segelflotte von 430 000 Tonnen in 1871 auf ca. 16 000 Tonnen in 1886. Die Dampferflotte ist in diesem seltenen Zeitraum gestiegen von 10 000 Tonnen auf 158 000 Tonnen in 1886. Aber in den letzten Jahren hat auch diese wieder ihren Raumgehalt vermindert auf jetzt ca. 140 000 Tonnen.

In der Hand der amtlichen Erhebungen über den Bestand der schleswig-holsteinischen Seeschiffe läßt sich dieser Rückgang für diese Provinz im Vergleich der letzten 7 Jahre wieder deutlich erkennen.

Im Ostseegebiet waren vorhanden Segelschiffe:

Im Jahre	Zahl der Schiffe	Gesamt- Netto-Raumgehalt Register-Tons	Besatzung Mann
1898	134	4636	304
1897	132	5450	330
1896	129	6087	338
1895	126	6004	319
1894	126	6058	322
1893	132	7465	360
1892	134	8202	402

Sofort fällt bei gleicher Schiffszahl in 1898 wie 1892 das Schrunden des Raumgehaltes der Schiffe um 3506 Register-Tons auf. Das heißt also, die Schiffe sind fortgesetzt kleiner geworden. Und zwar ist der Durchschnitts-Raumgehalt des einzelnen

Schiffes gesunken von 61,2 Tonnen auf 31,6. Ebenso ist auch die auf den einzelnen Mann der Besatzung entfallende Tonnenzahl in obiger Reihenfolge gesunken auf 15,2 von 16,4, 15,1, 17,5, 18,2, 19,1, 20,4.

Während in Deutschland sonst sowohl der Raumgehalt der Schiffe ein größerer und im Verhältnis zur Größe der Schiffe die Besatzung der Schiffe eine geringere wird, sehen wir hier das gerade Gegenteil.

Das gleiche Bild finden wir auch für die Segelflotte Schleswig-Holsteins im Nordseegebiet.

Hier waren vorhanden Segelschiffe:

Im Jahre	Zahl der Schiffe	Netto-Raumgehalt Register-Tons	Besatzung Mann
1898	394	14 107	1159
1897	388	14 449	1127
1896	352	14 894	900
1895	351	17 793	988
1894	342	18 192	994
1893	332	18 654	936
1892	322	19 507	951

Dat sich hier die Schiffszahl um 72 in diesen 7 Jahren erhöht, so ist der Raumgehalt um 5310 Tonnen zurückgegangen, der Durchschnitts-Raumgehalt des einzelnen Schiffes von 60,5 auf 39 Tonnen und die auf den einzelnen Mann der Besatzung entfallende Tonnenzahl gar von 20,5 auf 12,2.

Die Segelflotte Schleswig-Holsteins steht also auf dem Aussterbe-Etat, in allen ihren Bedingungen zur Konkurrenzfähigkeit hat sie sich verschlechtert.

Etwas besser sieht es mit der Dampferflotte aus. Im Ostseegebiet hat der Raumgehalt in diesen 7 Jahren von 73 924 Tonnen auf 78 185 sich erhöht, also um 4261 Tonnen, die Schiffszahl um 8 nur. Im Nordseegebiet ist die Steigerung nur 914 Tonnen.

Es steht also dem Gesamtverlust der Segelschiffe an Raumgehalt von 8876 Tonnen nur eine Steigerung bei der Dampferflotte um 5176 Tonnen gegenüber.

Die Annahme, daß der Nordsee-Kanal, in dessen engerem Gebiet gerade dieser Rückgang eingetreten, sich als zum Vorteil der Schifffahrtstrasse namentlich des Ostseegebietes erweisen würde, hat sich nicht bestätigt.

Die alles erdrückende Konkurrenz Hamburgs hat auch hier wieder den Hauptvorteil gefunden. Dieser Konkurrenz hat sich die Schleswig-Holsteinische Reederei nicht zu erwehren vermocht.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Nach einer Zusammenstellung der „Berl. Volks-Zeitung“ kamen im Juli 16 Fälle zur gerichtlichen Verhandlung. Dreimal erfolgte Freisprechung, in dreizehn Fällen wurde auf zusammen 81 Monaten und 1 Woche Gefängnis erkannt, das sind etwas über 6 1/2 Jahre. In den verflochtenen sieben Monaten dieses Jahres hat das Blatt insgesamt 218 Fälle von Majestätsbeleidigungen mitgeteilt, in denen auf ungefähr 7 1/2 Jahre Gefängnis und etliche Festungsstrafen erkannt worden ist.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 1. August. Der Wiener Stadtrat beschloß heute in außerordentlicher Sitzung eine Resolution, die Regierung möge sofort den Reichsrat einberufen und demselben die Verordnung über die **Zuckersteuer** vorlegen. Die Resolution giebt der Erwartung Ausdruck, daß der Reichsrat die Verordnung nicht genehmigen werde.

Prag, 31. Juli. Eine von etwa 2000 Personen besuchte **Versammlung**, in welcher Dr. Adler aus Wien sprach, wurde heute Abend nach zweistündiger Dauer aufgelöst. Auch zwei Frauenversammlungen wurden aufgelöst.

Frankreich.

Zur „Affaire“. Wie wir schon in letzter Nummer unter „Lesie Radenboten“ meldeten, ist das Verfahren gegen du Path de Clam infolge gerichtlichen Beschlusses eingeleitet und du Path gestern in Freiheit gesetzt worden. Der Ausgang der gerichtlichen Untersuchung mag überraschen, war aber nach den Aussagen du Path's vor dem Kassationshof, die der „Figaro“ am Sonntag brachte, mit ziemlicher Sicherheit voraussehen. Denn diese Aussagen beweisen, daß der ehrenwerte du Path nur der willen- und straflose Vollstrecker der Beschlüsse der nach ehrenwertem Generale Goussé und Voisidreffe gewesen ist. Nach dem Bericht des „Figaro“ versicherte nämlich du Path de Clam, daß er bei dem Dreyfus-Projekt bis zum 16. Oktober 1897 in keine Maßnahmen verwickelt war. In jenen Tagen ließ General Goussé ihn aus dem Bureau der militärischen Operationen holen und unterrichtete ihn in Gegenwart Dreyfus von der Campagne, die zu Goussé Dreyfus und gegen Goussé unternommen wurde. Überdies wurde ihm als ein würdiger Offizier geschildert, den man deshalb vor einem überstürzten Schritte bewahren müsse. Während mehrerer Tage verabsichtigte man darüber, wie Goussé verständig werden sollte. General Goussé bereitete ein anonymes Schreiben vor, allein der Kriegsminister verbot dieses Mittel. General Goussé kam mit dem Bescheid des Ministers zurück, und sagte in Gegenwart du Path's und Dreyfus: „Da stehen wir; Sie kennen die Lage; Sie begreifen!“ Und Henry bemerkte: „Sie begreifen, was das sagen will!“

Und du Path begriff. „Wen hatte mir“, sagte er, „das Ziel gezeigt und ich ging direkt und energisch darauf los.“ Im weiteren bedauert du Path de Clam, daß General Goussé ein so schlechtes Gedächtnis habe, denn dieser mußte davon wissen, daß er mit Goussé in Beziehungen stand. Diese hörten mit dem Tage auf, da General Voisidreffe ihm verbot, Goussé zu sehen. General de Voisidreffe hatte von ihm verlangt, Vermittler ansüßig zu machen, was auch geschah. Später befohl ihm General Goussé, Lezanas, den Verteidiger Goussé's, zu sehen; für den ersten Besuch empfahl der General ihm eine blaue Weisse anzulegen. Seine Vorgesetzten haben also seine Beziehungen zu Goussé veranlaßt, gelangt und ausgenutzt. Er konnte um so weniger persönlichen Beweggründen dabei gehorchen, da auch Dreyfus, Goussé, Pouffin de Saint-Vorel, Generale und Advokaten in den Handel verwickelt waren. Du Path verwahrte sich des entscheidendsten dagegen, „sein Wort“, d. h. den Dreyfus-Prozess mit allen Mitteln verteidigt und Henry die bekannte Fälschung ein gegeben zu haben. Er selbst hegte einen Augenblick Zweifel an der Schuld Dreyfus; allein General de Voisidreffe beschwichtigte diese mit den Worten: „Seien Sie beruhigt; es liegen uns Ihnen unbekannt Beweise vor, die keinen Zweifel mehr gestatten.“ Auch an der Fälschung Henry's zweifelte du Path und äußerte diesbezüglich seine Bedenken vor dem General Goussé, und dieser Haltung schreibt du Path die gegen ihn gerichtete Kampagne zu. Du Path verwahrte sich dann noch des entscheidendsten gegen die ihm angehängten Anschuldigungen und besagte sich bitter darüber, daß seine Vorgesetzten, die ihm ihren Schutz versprochen, ihn im Stich ließen.

„Figaro“, „Matin“ und andere Blätter erklären denn auch bereits, der Ausgang des Verfahrens gegen du Path de Clam könne nur bedeuten, daß du Path de Clam seine Handlungen auf Verleumdung der Verurteilung der Generale de Voisidreffe, Goussé und Pellier. Man erwartet in Konsequenz der Freilassung du Path's nunmehr Maßregeln gegen Voisidreffe und Goussé.

Der „Figaro“ veröffentlicht den Wortlaut der Briefe des Dreyfus an die Präsidenten der Kammer und des Senates, die von dem damaligen Ministerpräsidenten Méline nicht an ihre Bestimmung weitergegeben, sondern zu den Akten gelegt worden sind. Ferner veröffentlicht der „Figaro“ verschiedene Briefe, welche Dreyfus an den Kriegsminister und den Präsidenten der Republik in den Jahren 1897 und 1898 richtete. Der Berichterstatter beteuert darin seine Unschuld und fordert die Revision des Prozesses.

Serbien.

Die russische „Nowoje Wremja“ über das Attentat auf Milan. Die offizielle „Nowoje Wremja“ hat, wie auch andere Blätter, von der serbischen Gesandtschaft in Petersburg eine Zuschrift erhalten, die erklärt, daß die Mehrheit aller in letzter Zeit in der Presse, auch der ausländischen, veröffentlichten Nachrichten aus Serbien aus ungenauen und tendenziösen Quellen stammt. Der Vorwurf an Milan wäre nicht nur mit Absicht und Ueberlegung, sondern auch nach langwieriger Vorbereitung der Verschwörer ausgeführt worden. Es wäre ein außergewöhnliches, aber kein Kriegsverbrechen, das die Unterjochung streng aber geschnitten führe. Kein Angehöriger der radikalen Partei sei verhaftet wegen seiner politischen Gesinnung, sondern nur Leute, gegen die ernste Verdachtsmomente wegen der Teilnahme an der Verschwörung gegen das Leben des Königs vorlägen. Als Beweis diene, daß keiner der Führer der radikalen Partei, wie Grutisch, Simitsch, Quitsch u. a. verhaftet und auch nicht einmal zur Verantwortung gezogen seien. Wie die „Nowoje Wremja“ zu diesen Angaben bemerkt, widerspricht die sehr kategorische Erklärung der serbischen Gesandtschaft den offenbaren Thatsachen. So sei Grutisch, der Petersburger serbische Gesandte, nicht nur seines Postens im Zusammenhange mit dem Attentat enthoben, sondern auch seines Generalranges entsetzt worden, und zwar nicht einmal durch ein offizielles Urteil irgend eines „außergerichtlichen Gerichts“. Ferner sei bekannt, daß Kostich, der kaum das Gefängnis verlassen hatte, sofort nach dem Attentat von neuem verhaftet wurde, obgleich es wunderbar sei, daß er vom Gefängnis aus in dieser Angelegenheit Verbindungen habe unterhalten können. Schließlich seien ja auch der Minister des Aeußeren Tauschanowitsch und viele andere mehr oder weniger bekannte Diplomaten verhaftet worden. Daher müßten die Behauptungen und Ausführungen der russischen wie der ausländischen Presse durchaus aufrecht erhalten werden.

Belgrad, 31. Juli. Nach Mitteilungen aus amtlichen Kreisen ist die Abberufung des serbischen Gesandten in Petersburg, Grutisch, wegen eines Briefes erfolgt, in welchem derselbe seine Verwunderung darüber ausdrückt, daß das serbische Volk gegenüber den Zuständen in Serbin eine so indifferente mit seiner heldenhaften Vergangenheit unvereinbare Haltung beobachtet. Da weder Grutisch noch auch der frühere Finanzminister Quitsch an dem Attentat beteiligt waren, so sind dieselben nicht weiter belästigt worden. Beide sind bereits ins Ausland abgereist.

Rußland.

Rußland und die Friedenskonferenz. Die russische Presse ist über den Ausgang der Friedenskonferenz in arger Verstimmung, die sich vorwiegend gegen die Vertretung der ausländischen Staaten richtet. Die „Kossija“ erblickt einen rein moralischen Gewinn der Konferenz nur darin, daß vor allem die deutsche Regierung gezwungen worden ist, ihren Widerstand gegen die Friedensidee offen kund zu thun, die gesamte Kulturwelt werde von nun an wissen, wenn sie die übermäßige Belastung der Völker verdammt.

Amerika.

New York, 31. Juli. Das von „New York Herald“ veröffentlichte Interview mit Admiral Dewey, nach welchem dieser erklärt haben soll, der nächste Krieg Amerikas werde mit Deutschland zu führen sein, stellt sich immer mehr als eine Fälschung heraus. Die „New York World“ meldet aus Washington: Staatssekretär Hay und Marine-Sekretär Long erklärten es für unmöglich, daß Admiral Dewey die ihm zugeschriebenen Äußerungen über Deutschland gethan habe. — Nach einem Telegramm der „New York World“ aus Triest bemerkte Dewey, als ihm das Interview gezeigt wurde, das die angeblich von ihm gethane Äußerung enthält, er habe gar keine Zeit, das seit seiner Ankunft in Triest über ihn Veröffentlichte zu bekräftigen oder zu dementieren.

Auch mehrere andere amerikanische Blätter lassen sich in ähnlicher absprechender Weise aus. „Evening Post“ sagt, das Interview gehöre zu den Zeitungsmeldungen, die Dewey selbst gedramatisiert habe. Der „Commercial Advertiser“ nennt das Interview die erstaunlichste Unverschämtheit. „New York Times“ und „New York Tribune“ wölken von dem Interview nichts wissen, weil es zu dumm sei. „Boston Record“ meint, Dewey sei zu distret, um sich so zu äußern. Das „Boston Journal“ giebt das Interview ins Lächerliche und nennt es eine Unmöglichkeit für Dewey.

Aus der Republik Domingo. Nach telegraphischen Nachrichten aus Santiago (Jamaika) herrscht in San Domingo seit dem Tode des Präsidenten Honoreau eine revolutionäre Gährung, die immer weiter um sich greift. Die Anhänger Jimenes bereiten zu dessen Gunsten eine Erhebung gegen den bisherigen Vizepräsidenten General Figueroa vor, der vorläufig die Präsidentschaft übernommen hat. Wie es heißt, ist ein Teil der Revolutionäre geneigt, eine Abordnung an den kubanischen Insurgentenführer Maximo Gomez zu senden, um diesem die Präsidentschaft anzubieten. Von der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika sind das Kanonenboot „Rachias“ — zur Zeit in San Juan (Portoriko) — und der Kreuzer „New Orleans“ nach San Domingo beordert.

Partei-Angelegenheiten.

Das Jubiläum eines Reichs-Sozialistenprozesses. Die Elberfelder „Freie Presse“ schreibt: „Am 18. November d. J. wird die Stadt Elberfeld ein eigenartiges Jubiläum begehen. An diesem Tage sind es 10 Jahre her, daß eine Mißhandlung von Spitzel und freibewerter Staatsanwaltlicher Arbeit in einer unabhängig dicken Anklageschrift niedergelegt, vor aller Welt geprüft werden konnte. An diesem Tage begann nämlich vor dem hiesigen Landgericht der Mißhandlung-Gefährdungsprozess gegen die durch Politik und Staatsanwalt vereinigten Sozialdemokraten von Warten-Elberfeld und Umgegend. Anzertrennlich verbunden mit diesem Prozess sind die Namen Pinoff und Kamuhoff, die mehrere Jahre lang ihre Kräfte in alles geteilt hatten; ihnen war eine Anzahl mehr oder minder scharfsinniger Spitzel ergeben, die dieselbe Thätigkeit vermittelt ihrer Kräfte vollbrachten. Einer der letzteren wurde sogar bekannt, dem Pinoff attestierte ihm vor aller Welt, daß er die Polizei der ganzen Monarchie blanierte. Wie gesagt, fleißig waren Pinoff, Kamuhoff und die Spitzel, so fleißig, daß man es begreifen kann, wenn sie alle mehr oder minder etwas nervös wurden. Diese Nervosität kam aber auch herrlicher von der peinlichen Sorgfalt, Genauigkeit, Ehrlichkeit, mit dem alles gesammelte Material geprüft und gefastet wurde. Doch die Einzelheiten wollen wir heute nicht besprechen. Wir wollten nur gewisse Verdienste im genannten Prozess belohnen sehen. Am 4. Juli wurde nämlich im Stadtrat viel gestritten um die Figuren, die am Krupen des Rathauses angebrungen sind. Es wurden Männer aus der alten bergischen Geschichte vorgeschlagen, die bestimmt werden sollen, am Rathaus angebracht zu werden. Da möchten wir denn erlauben, die neuere Geschichte nicht zu vergessen. Wir empfehlen deshalb, je eine Nische an der Front für Pinoff und Kamuhoff anzuweisen. Nicht, daß diese lebendig darin thronen sollen, dafür haben sie zu wenig Zeit. Aber in Stud sind sie immerhin dort anzubringen. Den ausführenden Künstlern ist es vorzuschalten, nebenbei noch den Wert der Spitzel und des Denunziantentums für Staat und Gesellschaft allegorisch darzustellen. Wer Interesse für die Geschichte Elberfelds hat, wird uns zugedenken müssen, daß dieses Jubiläum der Stadt Elberfeld nicht im Zeitensstrom untergehen darf, sondern durch ein äußeres sicheres Zeichen stets dem Volk in Erinnerung gebracht werden muß. — Sehr wahrscheinlich auch wird die sozialdemokratische Partei am 18. November einen historischen Festzug veranstalten, in welchem die damaligen Vorkommnisse bei Beginn des Prozesses möglichst getreu dargestellt werden sollen. Abends soll in einem nichtbekannten Lokale eine Festvorstellung „Der entlarvte und unsanft behandelte Spitzel“ stattfinden.“

Totenliste der Partei. In Leipzig starb am Sonntag der Korbmacher Robert Schäfer in hohem Alter. Er war schon vor der Zeit des Sozialistengesetzes eifrig für die Partei thätig und einer der Mitbegründer des anfangs der 70er Jahre geschaffenen Arbeitervereins-Gebüts.

Finnische Arbeiterpresse. Zur Illustration der finnischen Arbeiterbewegung, die eben vor der Thatsache steht, eine politische Partei zu begründen, mögen die Verhältnisse dienen. Vor fünf Jahren wurde die Wochenchrift „Työmies“ („Der Arbeiter“) in Helsinki begründet. Sie war anfangs nur ein gewerkschaftliches Blatt. In 3 Jahren betrug die Auflage 2000. Seit kurzem Abgang, von dem wir berichtet haben, ist sie mehr sozialistisch, da sie der Eisenbahnarbeiter und Parteimann Axel Wendel redigiert. Das Blatt hat seitdem sehr an Abonnenten zugenommen und bereits die Zahl 5500 erreicht. So kommen aber täglich neue hinzu.

In Abo erscheint wöchentlich einmal „Länssivomen Työmies“ („Westfinlands Arbeiter“) unter Leitung des Fabrikarbeiters und A. S. Kallien, beide Socialisten.

In Lannvörors erscheint auch ein rein socialistisches Blatt „Kansa Lökki“ („Vollblatt“) dreimal wöchentlich. Redacteur ist Adeli Kostinen.

In Kottka wird eine Zeitung geplant, ebenso in Uleaborg und Wasa; man hofft auf Unterstützung durch den Kongress.

Der schwed. social Verein giebt in Helsingfors eine Wochenchrift heraus.

Außerdem erscheint alljährlich ein Arbeiter-Kalender und eine Reise in Summa „Työväen Kevot-Lothi“ („Der Arbeiter-Führer“).

Eine Uebersetzung von Karl Kautskys „Erfurter Programm“ hat J. A. Kais in Vorbereitung.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Neue Vereinbarungen im Baugewerbe. Durch Zuschrift an das Gewerbeamt zu Berlin am 18. Juli d. J. gab der Vorstand des Arbeiterbundes bekannt, daß er es ablehnt, vor dem Einigungsamt in Berlin mit den Zimmerern über Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Zimmerergewerbe zu verhandeln. Als Grund wurde angegeben, daß der Arbeitgeberbund direkt mit den Zimmerern verhandeln wolle. Demzufolge nahmen die Zimmerer beider Richtungen nochmals dazu Stellung und entschlossen sich, dem Ersuchen des Arbeitgeberbundes stattzugeben, in der unvermeidbaren Absicht, nichts zu unterlassen, was einer friedlichen Auseinandersetzung förderlich sein könnte. Nachdem der Vorstand des Arbeiterbundes hiervon unterrichtet worden war, erging seitens des Bundes unterm 22. v. M. an die bis dahin bestandene Schlichtungskommission der Zimmerer die Aufforderung, eine Kommission von 9 Personen und 9 Stellvertretern zu wählen, welche mit den Vertretern des Arbeitgeberbundes in Verhandlung treten solle. Dieser Aufforderung wurde ohne weiteres Folge geleistet, und von beiden Richtungen je 4 Personen und 4 Stellvertreter in diese Kommission hinein delegiert, während die 9. Person vom Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission gestellt wird. Der erste Verhandlungstermin ist nunmehr auf Freitag, den 4. August, nachmittags 5 Uhr, festgesetzt, woran sich eventuell sofort die Berichterstattung über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund anschließen wird.

Der Stand des Streiks der Steinmetzen hat eine wesentliche Aenderung, wie in der Versammlung, die gestern (Dienstag) im „Englischen Garten“ tagte, konstatiert wurde, nicht erfahren. Die Situation ist also nach wie vor günstig für die Ausständigen. Zur Kontrolle haben sich am Sonnabend bei der Lohnkommission 178 Verheiratete mit 272 Kinder und 159 Unverheiratete, insgesamt 332 Steinmetzen gemeldet, die am Streik beteiligt sind. Abgereicht sind von den Ausständigen bisher etwa 50 Mann. 55 Steinmetzen arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen. Natürlich sind die Innungsmeister bestrebt, die Unternehmer zu veranlassen, die Bewilligungen rückgängig zu machen. In Puzlau sind wieder Verhandlungen angebahnt. Doch ist seitens der Puzlauer Steinmetzen erklärt worden, daß sie die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen werden, bis den Verlinern die Forderungen bewilligt sind. In hervorragender Weise wird die Bewegung moralisch durch die Maurer auf den Baustellen unterstützt. Das gleiche geschieht auch von den Steinbildhauern, ebenso haben auch die anderen Gewerkschaften den Streikenden ihre Sympathie erklärt. Die Ausständigen selbst stehen einmütig zusammen und sind gewillt, den Streik weiterzuführen, bis ihre Forderungen anerkannt werden. Sie weisen auf das entschiedenste die Behauptung der Unternehmer, daß der Streik ein frivolster und damit der gemeinsam vereinbarte Vertrag gebrochen worden sei, zurück. Nicht nur, daß der frühere Tarif beständig von den Unternehmern umgangen und zu Ungunsten der Arbeiter durchbrochen wurde, kommt noch hinzu, daß die Vereinbarungen mit der alten Innung getroffen wurden, die sie längst aufgelöst hat und mit der gegenwärtigen Innung durch ihre eigene Schuld gar keine Abmachungen bestehen. Wie verlannt, sind die Unternehmer zum Teil gar nicht abgeneigt, den Stundenlohn von 70 Pf. und die achtstündige Arbeitszeit zu bewilligen, aber sie wollen einen Accoratarif beibehalten, um dadurch in der Lage zu sein, ganz nach Willkür gute Arbeiten in Tagelohn und schlechte Arbeiten, wobei nichts verdient wird, in Accord vergeben zu können. Darauf werden die Arbeiter unter keinen Umständen eingehen, weil sie mit diesem Lohnsystem in den letzten Jahren sehr schlechte Erfahrungen gemacht haben. Nach längerer Diskussion wurde von der Versammlung gegen eine erhebliche Minorität ein Antrag angenommen, nach welchem die Lohnkommission den Unternehmern mitteilen soll, daß die Ausständigen auch jetzt noch bereit sind, zur Weilegung des Kampfes in Verhandlung zu treten. Außerdem wurde beschlossen, daß die zu den neuen Bedingungen Arbeitenden 10 Proz. vom Verdienst bis zu weiteres abzuführen haben. Den Unverheirateten wurde aufgegeben bis zur Beendigung des Kampfes Berlin zu verlassen.

Das Verbot des Einigungsamtes. Wie vorteilhaft die Thätigkeit des von dem Berliner Gewerbeamt vorgeschlagenen Einigungsamtes im Baugewerbe auch für die Arbeiter sein kann, ist durch viele Fälle in letzter Zeit erwiesen. Die streitenden Parteien haben sich immer durch das Eingreifen der Kommission geeinigt. Ein Fall sei aber hier besonders hervorgehoben, der sich am Neubau des IV. städtischen Krankenhauses an der See- und Hörsingstraße abspielte. Es galt einen Streit zu schlichten, der wegen Entlassung mehrerer Maurer infolge des Steinmetzstreiks entstand. Der Baumeister war aus irgend einem Grunde zu den Verhandlungen nicht erschienen. Es wurde nun selbstverständlich mit dem Bauleiter, dem ersten Vorkler, in Verhandlung getreten, und waren die Verhandlungen zu beider Zufriedenheit nahezu abgeschlossen, da erschien plötzlich ein Herr der städtischen Bauleitung, der der Kommission, bestehend aus Vertretern der Arbeiter und Unternehmer bedeutete, daß sie sofort den Bauplag zu verlassen haben.

Wir wissen nicht, ob der städtische Bauleiter im Einverständnis mit seiner vorgesetzten Behörde handelt, wenn er sich über den Schiedsspruch des Gewerbeamtes hinwegsetzt, oder ob man es hier mit einer eigenmächtigen Handlungsweise des Bauleiters zu thun hat. Allerdings die Abneigung gegen das Eingreifen des Gewerbeamtes hat die städtische Behörde mehr als einmal bei anderer Gelegenheit offen bekundet. Die Unternehmern werden diesen dem Kommunal-Freimut zu tief im Fleisch.

Deutsches Reich.

Verloren gegangen ist der Streik der Brandenburger Zöpfer. Erreicht wurde nichts, die Zahl der zugewandten „Arbeitswilligen“ war so groß, daß es zwecklos schien, den Ausstand noch ferner aufrecht zu erhalten.

Der Düsseldorf-Maurerstreik ist beendet, nachdem die Unternehmer einen Lohnzuschlag von 3 Pf. pro Stunde bewilligt haben. Nach Wiederaufnahme der Arbeit wird ein Gewerkschaftszweig gewählt, der die weiteren Forderungen bezüglich der Arbeitszeit mit den Meistern vereinbaren soll.

Der Streik der Stuttgarter Möbelerbeiter hat, wie bereits kurz gemeldet, für die Arbeiter mit einem vollständigen Siege geendet. Die Fabrikanten haben die Forderungen der Arbeiter bedingungslos anerkannt. In der Hauptsache sind diese Forderungen: neunstündige Arbeitszeit; 7 Proz. Lohnerhöhung; sofortige Vereinbarung des Lohnes nach Beginn des Arbeitsverhältnisses; Entschädigung unerschuldeter Zeitverlängerung; für Ueberzeitarbeit 25 Proz., Sonntagsarbeit 50 Proz. Zuschlag; Nachregelungen dürfen nicht stattfinden. Ferner wird eine Art Schiedsgericht, bestehend aus je 5 Mitgliedern der Arbeiter und der Fabrikanten, zur Schlichtung der Streitigkeiten eingesetzt. Das bedeutet eine principielle Anerkennung der Organisation der Arbeiter.

Aus dem Planischen Grund wird gemeldet: Auf dem Steinkohlenwerke des Freiherrn v. Burgd ist plötzlich ein Streik der Förderleute ausgebrochen. Es streikten gegen 150 Mann. Sie fordern u. a. 3,50 M. Lohn. Der weitere Verlauf ist noch nicht abzusehen.

Ein Maurerstreik ist in Minden (Westf.) ausgebrochen. Die Maurer haben im Dezember v. J. ihre Forderungen den Meistern gestellt, und diese, mit Ausnahme von zweien, haben noch nicht einmal eine Antwort darauf gegeben. Deshalb wurde am Montag die Arbeit eingestellt. Briefe usw., den Ausstand betreffend, sind zu senden an K. Vizinger, Minden i. W., Ritterstr. 2.

Die Lohnbewegung der Arbeiter in Neifersteg-Wilhelmsburg ist zu Gunsten der Streikenden beendet, da ihre Forderungen in sämtlichen Geschäften bewilligt wurden.

Die Errichtung eines Arbeitersekretariats für Bremen ist durch Abstimmung der dortigen Gewerkschaftsmitglieder beschlossen worden.

Au die baugewerblichen Arbeiter Deutschlands!

Die unterzeichnete Kommission hat im Laufe der letzten Wochen an die örtlichen Vertrauensmänner, die in der Sache des Bauarbeiterbundes thätig sind, die Einleitungsblätter und die allgemeinen Fragebogen versandt. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, die Anweisungen, die aufgestellten Fragen und die Bestimmungen der Unfallversicherungs-Vorschriften der einzelnen Baugewerks-Vereinigungen zu beachten. Ganz besonders ist die speziellere Zusammenfassung dieser Vorschriften dazu anzugehen, den kritischen Blick zu schärfen und andererseits bei dem Vergleich auch die Mängel der Unfallversicherungs-Vorschriften der zuständigen Baugewerks-Vereinigungen festzustellen, wie der ortsbau-polizeilichen Schutzbestimmungen hervortreten zu lassen. Wir behalten uns vor, in der nächsten Zeit eine Zusammenstellung aus dem Vorpolei-Gesetzen der Bundesstaaten Deutschlands der Öffentlichkeit zu übergeben.

Den Vertrauensmännern, die sich der Aufgabe unterziehen, die Bauen zu kontrollieren, erlauben wir uns zu empfehlen, sich ein Notizbuch anzulegen, worin die Namen der betreffenden Unternehmer, Straße etc., wie die familiären und sittlichen Mängel des Arbeiterstandes der Baubetriebe genau verzeichnet werden können. Die Bücher sind für den Fall weiteren Gebrauches aufzubewahren. Im übrigen machen wir darauf aufmerksam, daß neben der Ausfüllung des allgemeinen Fragebogens der Centrakommission ein umfassender Bericht einzusenden ist.

Zu unserem Bedauern müssen wir konstatieren, daß eine bedeutende Zahl Orte sich unserer Bewegung noch nicht angeschlossen und keine Fühlung mit der Centrakommission hergestellt haben. Vor allem erwarren wir, daß die örtlichen Leiter der baugewerblichen Organisationen sowie diejenigen, die auf dem Kongress für Bauarbeiter die Sache ihrer Berufskollegen vertreten haben, nun ihre Pflicht thun. Aber nicht allein die Leiter der Organisationen (die oft mit Arbeit überhäuft) sollen hier thätig sein, sondern wir alle müssen eingreifen. Für einen größeren Teil unserer zeitig fortgeschrittenen Arbeitsgenossen giebt es hier ein Gebiet, sich verdienstvoll zu betheiligen. Die Unterhaltungen, die uns die örtlichen Gewerkschaftsleiter durch ihre Anregungen bis jetzt gewährt haben, sollen hier dankbar anerkannt werden.

Um mit den unwürdigen Verhältnissen im Baugewerbe ordentlich anzukommen, bedarf es einer anstrengenden Arbeit. Zeigen wir, daß wir unserer Aufgabe gewachsen sind!

Mit Gruß!

Die Centrakommission für Bauarbeiterschut zu Hamburg (G. Heintz).

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Ausland.

Zur Massenansperrung in Dänemark läßt sich das „Berl. Tageblatt“ melden, daß zwischen den Vorständen der Unternehmern wie der Arbeiterorganisationen ein Präliminarfriede unterzeichnet worden sei, der noch heute, Dienstag, von den Gesamtvorständen angenommen und in den nächsten Tagen von den Generalversammlungen ratifiziert werden würde.

Diese Meldung entspricht den Thatsachen nicht. Nach unseren sofort telegraphisch eingezogenen Erläuterungen schweben zwar Verhandlungen, doch haben dieselben noch zu keinem irgendwie greifbaren Resultate geführt. Der Kampf geht zunächst ungehindert seinen Gang. Ueber den Ausgang der Verhandlungen ist noch gar nichts zu sagen. Die Massenbewegungen der Arbeiter Deutschlands mögen in ihrer Opferwilligkeit für ihre dänischen Brüder nicht erlahmen.

Der Bund der Maschinisten und Heizer in den Niederlanden hatte vor einiger Zeit an die Mitglieder von Rhein-Schleppdampfern in einem Circular verschiedene Forderungen gestellt, die auf Lohnerhöhung, Nichtbeschäftigung von Nichtbundesgliedern, gehörige Sonntags- und Nachruhe, sowie Anstellung von ausreichendem Maschinenpersonal hinausliefen. Da dieses Circular unbeantwortet geblieben, so proklamierte der Bund Sonnabendabend den Streik, der sich auf alle Plätze mit Rheinschiffahrt erstreckt und den gesamten Transitverkehr schwer in Mitleidenschaft ziehen kann. Der Bund der Rhein- und Wismensdampfer hat den Streikenden seine Sympathie bezeugt, die auch bei den außerhalb der Organisation stehenden Fachgenossen Unterstützung findet. Die Meldungen über eine Ausdehnung des Streiks lauten widersprechend; 19 Schiffe müßten die beschäftigte Abfahrt von Rotterdam unterlassen und vier Aender sollen bereits die gestellten Forderungen unterzeichnet haben. Die Dordrechtse Streikkommission befindet sich in einem Dampfboot den Fluß behufs weiterer Bekanntmachung des Streikbeschlusses. Ausgleichsverhandlungen sind bereits angebahnt und sie bieten, wie dem „Handelsblatt“ gemeldet wird, Aussicht auf Erfolg.

Französische Streiks im Juni. Der namentlich infolge der Weltausstellungen Vorbereitungen fortdauernde industrielle Auffassung bewirkte auch im Juni eine ungewöhnlich starke und aggressive Streikbewegung. Das Arbeitsamt verzeichnet 68 Streiks mit mehr als 20 767 Teilnehmern (für mehrere Streiks ist die Teilnehmerzahl noch unbekannt) gegenüber 26 Streiks mit bloß 2533 Teilnehmern im Juni des Vorjahres. Die zahlreichsten und größten Streiks entfallen auf die Bau-, Metall- und Kohlenindustrie, die drei im höchsten Aufschwung befindlichen Industriezweige. Das Departement Saone-et-Loire zählt allein 18 Streiks mit über 15 000 Teilnehmern für 14 derselben. Es ist der Streikherd, dessen Mittelpunkt der siegreiche Streik der 10 000 Kohlenräder von Montceau-les-Mines. Mit fünf Ausnahmen (Kampf gegen Lohnherabsetzungen) sind alle Streikforderungen aggressiver Art. Man zählt unter anderem 52 Lohn-Angriffsstreiks, die freilich nur in wenigen Fällen zugleich der Verkürzung der Arbeitszeit galten. Von den 68 Streiks löst 45 beendet worden, darunter neun mit einem Erfolg, 21 mit einem Ausgleich und 15 mit einem Mißerfolg.

Sociales.

Die Zahl der Bettler und Landstreicher steigt und fällt mit der jeweiligen Geschäftslage — das weiß nachgerade jedes Kind; für die Arbeiterkinder aller Gattungen freilich bleiben die Arbeitslosen nach wie

vor allemamt „Koullenger“, „Bummier“, „Arbeitslose“. Die Statistik dieser spießbürgerlichen Ansicht lägen. Vor uns liegt eine Statistik des Großherzogtums Hessen, aus der hervorgeht, daß seit Mitte der 90er Jahre, seitdem die Geschäftslage sich dauernd gehoben hat, die Zahl der wegen Bettelns Verurteilten stetig gesunken ist. Es wurden wegen Bettelns im Großherzogtum Hessen bestraft: 1894: 2746, 1895: 2583, 1896: 2214, 1897: 1968, 1898: 1638.

Wenn dieses Beispiel noch nicht genügt, der lese sich folgende Ziffern an:

Es wurden wegen Bettelns in Hessen bestraft vom 1. Dezember 1897 bis dahin 1898:

Winter (Dezember—Februar) . . .	676
Frühling (März—Mai)	379
Sommer (Juni—August)	300
Herbst (September—November) . . .	368.

Der Achtstundentag in Russland. In Nr. 184 der „Peterburgerkija Wedomosti“ vom 21./9. Juli finden wir unter der Ueberschrift: „Ein neuer Versuch mit dem achtstündigen Arbeitstag“ folgenden interessanten Bericht. In der großen Papierfabrik von A. Warqum in Uglitsch (Gouvernement Jaroslaw) wurde im Dezember vorigen Jahres, mit Einwilligung des Fabrikinspektors, den Arbeitern angeordnet, daß vom 1. Januar eine neue Fabrikordnung in Kraft tritt, bei welcher zwar die Arbeit wie bisher ununterbrochen Tag und Nacht andauert, aber anstatt der bisherigen zwei Arbeiterablosungen a 12 Stunden pro Tag, jetzt drei Ablosungen zu je acht Stunden eingeführt werden sollen, wobei der Tages- oder Wochenlohn für die Arbeiter derselbe wie früher beibehalten wird. Die Arbeit beginnt 6 Uhr früh und dauert bis 2 Uhr mittags, dann wird die erste Arbeiterkolonne durch die zweite abgelöst, welche von 2 Uhr mittags bis 10 Uhr abends arbeitet, dann tritt die dritte ein von 10 Uhr abends bis 6 Uhr früh. Jede Woche wechselt die Reihenfolge der Ablosungen, wobei jeden Sonntag zwei Arbeiterkolonnen 20 und 24 Stunden arbeitsfreie Zeit haben. Trotzdem das Gesetz die achtstündige Arbeitszeit es für nicht obligatorisch erklärt, an Sonn- und Feiertagen die Arbeit einzustellen, wird auf der Warqum'schen Fabrik am Sonntag zwar gearbeitet, die Feiertage jedoch — und deren sind im russischen Kalender gar viele — sind den Arbeitern freigegeben. Da den Arbeitern nicht gestattet ist, während der acht Stunden die Fabrikräume zu verlassen, so müssen sie auch das Thee-trinken und das Essen in diesen Räumen besorgen, wozu eine besondere Theehalle mit allen nötigen Vorrichtungen eingerichtet ist. Diese neue Fabrikordnung ist vorläufig nur in jenen Fabrikabteilungen gültig, in welchen über 500 Arbeiter beschäftigt sind, von deren aufmerksamer und energischer Handhabung der Maschinen ein Erfolg für die Fabrik zu erwarten ist, während für die übrigen im Hofe arbeitenden Tagelöhner und Handlanger die alte Ordnung mit 11 stündiger Arbeitszeit beibehalten worden ist. Jetzt stellt der Bericht die Vorteile dar, welche durch die neue Fabrikordnung für beide beteiligten Parteien schon während des ersten Halbjahres sich erwiesen haben. Die Arbeiter, meistens in Uglitsch oder in den benachbarten Dörfern anfällige Kleinbürger haben die Möglichkeit erhalten, ihre kleinen Wirtschaften in gehöriger Weise zu versorgen, da sie nun 16 freie Stunden im Tage haben bei gleichem Lohne wie früher. Sie benutzen die Zeit, in ihren Gemüsegärten zu arbeiten oder auf Fischfang oder auf die Jagd zu gehen, wobei sie nicht nur ihre wirtschaftliche Lage verbessern, sondern durch die Arbeit in frischer Luft ihre Gesundheit, welche durch die Fabrikarbeit geschädigt wird, wieder herzustellen. Bei der Fabrik befindet sich auch eine Bibliothek, für deren Unterhaltung an Büchern die Administration jährlich 200 Rubel spendiert. Es arbeiten auf der Fabrik oft ganze Familien, Mann, Frau, Söhne, Töchter; aber da die Reihenfolge in der Arbeit eine Verschiebung ist, bleibt immer ein Teil der Familie zu Hause, um die Wirtschaft zu versorgen. Aber auch die Fabrikinteressen scheinen bei dieser Ordnung durchaus nicht zu leiden. Da die Anzahl der Maschinen dieselbe blieb wie bisher, ist zwar die tägliche Produktion nicht gewachsen — sie erstreckt sich auf 500 Pud — aber da durch die abgekürzte Arbeitszeit die Kraftanstrengung der Arbeiter sich verringert, während die Intensität und Energie sich vergrößert hat, so hat sich dieses günstige Verhältnis sofort auf den Prozentfuß der Auschuhwaren geäuert, welcher sich bedeutend vermehrte und ein beträchtliches Plus für die Fabrik ausmacht. Ferner wurden im ersten halben Jahre durch Zunahme der Sonntage dreiwöchentlich Arbeitstage gewonnen, welche bei unveränderten allgemeinen Administrationskosten zu 11 500 Pud mehr ausgearbeiteten Papieren führten und der Fabrik natürlich einen bedeutenden Vorteil verschafften. Ganz beträchtlich haben sich auch die Ausgaben der Fabrik auf Bewachung, Inspektion und Leistung der Arbeiter verringert, dank wiederum der guten Stimmung der Arbeiter, welche mit frischen Kräften täglich die Fabrik betreten, aber auch nicht zu sehr ermüdet und abgepaunt sie verlassen. Der Ertrag der Arbeit wird sich zweifellos noch bedeutend vergrößern, wenn die Arbeiter persönlich an der Qualität und der Quantität der Produktion verintereessiert werden, d. h. wenn auf ihnen allen sich die prozentuale Beteiligung an dem Nettoertrag der Fabrik erstrecken wird, wie das schon für einen Teil der Arbeiter eingeführt ist. Wie sehr die Arbeiter schon jetzt die neue Ordnung hochhalten, läßt sich daraus ersehen, daß die Fabrikleitung als einziger Disziplinärstrafe die Ueberführung des Arbeiters von der neuen in die alte Fabrikordnung benützt; der Uebergang von der Achtstundentarbeit auf der Fabrik zur elfstündigen auf dem Hof wird als sehr strenge Strafe betrachtet, obwohl der Lohn bei der letzteren etwas höher ist. — Natürlich werden sich genauere Zahlen erst nach Jahresabschluss feststellen lassen, aber schon jetzt rechnet die Administration darauf, daß sie durch die Mehrproduktion von 25 000 Pud Papier nicht nur die Mehrausgaben an Arbeitslohn, welche durch Einführung des 8 stündigen Arbeitstages entstanden sind, decken wird, sondern noch einen erheblichen Vorteil wird erzielen können. Der Fabrikbesitzer H. Warqum ist so überzeugt von dem Nutzen des normalen Arbeitstages für beide Parteien, daß er jetzt diese neue Ordnung auch auf seiner viel größeren Fabrik in Petersburg einführen will.

Wir wollen dem Bericht nichts hinzufügen. Es ist dies, wenn nicht der einzige, so doch mir ein Einzelfall, aber, — aber wie nehmen sich unsere Stumm, Krupp et tutti quanti gegenüber diesem Wargenin aus? —

Letzte Nachrichten und Depeschen.

London, 1. August. (B. L. Z.) Das Unterhaus nahm die dritte Lesung der Militärbauten-Bill an. Parlaments-Untersecretär des Heubens Brodrick erklärte, der Schriftwechsel betreffend die Haager Friedenskonferenz werde sobald wie möglich vorgelegt werden. Er wünschte aber, daß derselbe nicht vor Schluß des Parlaments zur Verteilung kommen werde.

Brüssel, 1. August. (B. L. Z.) De Smet de Roeyer hat für die Bildung des neuen Kabinetts eine Frist von zwei Tagen erbeten und erklärt, er werde vor dem Parlament die Wahlvorlage des unabhängigen Abgeordneten Theodoro vertreten mit der Aenderung, daß die Teilung der Provinzen Luxemburg, Namur und Westflandern in zwei Wahlbezirke zulässig sein soll.

Madrid, 1. August. (B. L. Z.) Bei der Verhandlung vor dem obersten Kriegsgericht betreffend die Uebergabe von Santiago de Cuba brachte General Pareja zu seiner Verteidigung vor, daß es in der Stadt an Lebensmitteln mangelte und die Verteidigung unmöglich war. Die Kämpfe welche geführt wurden, seien blutige gewesen; jedoch könne nur allein in den Kriegern der Mangel nichts anrichten. General Toral bestätigte, daß es in Santiago an Mitteln zur Verteidigung gefehlt habe, Marschall Blanco sei mit der Uebergabe einverstanden gewesen. General Escario erklärte, er habe, als er nach Santiago gekommen, drei Viertel der Soldaten kranke vorgefunden. General Pando sagt aus, von Havana hätten Verstärkungen geschickt werden müssen. Marschall Blanco behauptet, er habe stets zum Widerstande gerufen; General Toral habe, ohne Befehl dazu erhalten zu haben, kapituliert.

Sierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Zur „Kompromiß“-Debatte.

Im Stettiner „Vollstote“ bespricht Do den Parteifreie in Frankreich. Er stellt sich im Wesentlichen auf den Standpunkt des „Artikels über Augenblicksartikel im „Vorwärts“.

In der Politik soll man sich niemals von seinen Gefühlen leiten, sondern die Vernunft walten lassen. Das Gefühl ist stets der schlechteste Ratgeber. Wer sich lediglich von seinen Sympathien und Antipathien leiten läßt, begeht oft Unrecht.

Wir halten im Interesse der Arbeiterklasse den Eintritt ins Ministerium für klug und können unsere französischen Genossen, welche diesen Schritt begrüßt und verteidigt haben, nur beglückwünschen. Wir sind vor einer solchen Möglichkeit in Deutschland sicher — bei uns kann ein bekannter Parteigenosse nicht einmal Nachwächter werden — aber ständen wir in Deutschland vor einer solchen Frage, wir würden auch bei uns eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit haben.

Wir können uns noch der Kämpfe erinnern, welche in der deutschen Sozialdemokratie über den Grad der Beteiligung an der parlamentarischen Arbeit stattfanden. Man hielt es für einen Verrat am revolutionären Prinzip, wenn man sich an den Kommissionsarbeiten beteiligte. Als diese irrtümliche Meinung überwunden war, gab es heftige Debatten über die Beteiligung am Senatorenkonvent. Die Jugendwächter glaubten, der Sozialismus löme dadurch Schaden leiden. Heute sind wir darüber längst hinweg. Warum gerade immer die sozialistische Ueberzeugung bei dem Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Elementen gefährdet sein und nicht vielmehr die agitatorische Kraft des Sozialismus anstehend auf unsere Gegner übergehen soll, vermögen wir nicht einzusehen.

Als die Sozialdemokratie noch eine kleine Sekte war, konnte sie sich auf den Proteststandpunkt beschränken; heute ist das nicht mehr möglich.

In der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ untersucht Genosse Parvus die Frage: Darf ein Sozialdemokrat Minister werden? Er kommt zu folgenden Ergebnissen:

Da die Kapitalistenklasse ihre eigenen Interessen nie veraten wird, so ist der Eintritt eines Sozialdemokraten in eine kapitalistische Regierung nur möglich durch einen Verrat der Arbeiterinteressen.

Das zeigt uns die Erfahrung aller Tage. Wir sehen, wie selbst Männer, die alles weniger dem Sozialdemokraten sind, wenn sie nur einigermaßen Meise machen, die Arbeiterforderungen nicht ausschließlich vom Ausbrennerstandpunkt aus zu betrachten, aus den Ministerien entfernt werden. Liegt es denn an dem persönlichen Charakter der Minister, an ihren persönlichen politischen Anschauungen, daß die Regierung kapitalistisch ist? Wir haben stets behauptet, daß das in der gesamten Gesellschaftsordnung, in der Organisation des Staates liegt. Diese geschichtlichen Macht-faktoren würde auch ein Sozialdemokrat unter den Ministern nicht brechen können, er mühte sich ihnen unterwerfen; er würde, welches Ressort er auch vertreten möge, für den kapitalistischen Militarismus, den kapitalistischen Fiskalismus die kapitalistische Kolonialpolitik eintreten müssen, sonst würde er seine zwei Tage mit seinen Kollegen zusammenwirken können. In dem gleichen Maße würde er sich in Gegensatz setzen zu seiner eigenen sozialdemokratischen Fraktion und mühte von ihr ebenso angegriffen werden wie die anderen Mitglieder der Regierung. Ein Fabrikinspektor hat seinen bestimmten Wirkungskreis, für den er verantwortlich ist, alles andere geht ihn nichts an — ein Minister ist mit verantwortlich für die gesamte Politik des Landes. Darum ist die unerlässliche Bedingung für ein ersprießliches Wirken eines sozialdemokratischen Ministers der sozialdemokratische Staat. Wenn das Proletariat zur politischen Herrschaft gelangt, wird es sich seine Minister wählen — die Arbeiterminister aber, welche von bürgerlichen Parlamenten eingesetzt werden, sind höchstens Dekorationsstücke und dienen dazu, die Arbeiter zu narren.

Die „Rheinische Zig.“ giebt den Artikel Liebknechts wieder und bemerkt dazu:

Liebknecht steht auf Seiten der von Jaurès abweichenden Sozialistengruppen; die Ungerechtigkeit des Urteils, das in weiten Kreisen über die verdienstlichsten Männer der sozialistischen Bewegung Frankreichs gefällt wird, ist einer der Gründe, die ihn zu seinem Artikel bewegen haben. Das ist sehr adäquat. Wir glauben aber nicht, daß Liebknecht auf nennenswerte Zustimmung aus den Kreisen der deutschen Parteigenossen rechnen kann. Die Affaire ist doch mehr, als was Liebknecht in ihr zu erblicken vermag. Sie ist der Angelpunkt, um den sich die Entscheidung der Frage dreht: ob Militarismus und Merkantilismus nicht nur in der Affaire, sondern in der Gesamtpolitik Frankreichs gewonnenes Spiel haben soll. Daran ändert nur der Umstand nichts, daß in der Regierung ein Gallisset sitzt.

Es ist das Recht jedes Parteigenossen, sich seine Meinung über den Fall Dreifus und das Verhalten der französischen Sozialisten zu bilden und diese Meinung zu äußern. Nur würden wir den Versuch, daraus für uns eine Streitfrage in der Partei zu machen, für überflüssig nicht nur, sondern auch für schädlich halten. Wir leben in Deutschland unter Verhältnissen, die das volle Interesse der Partei, alle ihre Mittel und Kräfte erfordern; jede Einmischung in die Politik und Parteifragen anderer Länder sollte sich da von selbst verbieten, abgesehen davon, daß es Außenstehenden sehr schwer wird, das richtige Urteil über die Dinge und Personen anderswo zu bilden.

Zu der „Münchener Post“ äußert sich ein in Norddeutschland lebender sehr bekannter Genosse über die in der bayrischen Wahlkompromiß-Debatte von Liebknecht geäußerte, auf Machiavelli sich berufende Ansicht, man müsse immer den Schwächeren unterstützen:

Die schade, daß Genosse Liebknecht seine Machiavelli-Studien erst jetzt und nicht schon vor den preussischen Landtagswahlen im vorigen Jahre gemacht hat, denn, wenn er dies gethan, dann hätte er unmöglich die ablehnende Haltung beobachtet können, die er der Wahlbeteiligung in Preußen gegenüber eingenommen hat. Wenn es eine Klugheitsregel in der Politik ist, den Schwächeren gegen den Stärkeren zu unterstützen, wie kam dann Genosse Liebknecht dazu, nicht nur gegen die Beteiligung unserer Partei an den Landtagswahlen in Preußen sich auszusprechen, sondern jene Genossen, welche sich für eine Unterstützung der Demokratie und des Freisinn bei diesen Wahlen erklärten, als „Schutztruppe des Freisinn“ zu verspotten? Wenn irgendwo von Schwächeren und Stärkeren die Rede sein kann, so ist dies bei dem Verhältnis der freisinnigen Partei und den Konservativen im preussischen Landtag der Fall. Wie sehr aber die Socialdemo-

kratie daran interessiert ist, daß in diesem Parlament der Starke, das heißt die konservative Partei, nicht noch stärker wird, das hat uns die Abstimmung über die lex Nebe gezeigt. . . .

Die Berliner Taktik der Abstimmungsopposition dagegen liehen es vor den Thoren Berlins, im Wahlkreis Keltow, wo Genosse Jubel mit beinahe 52 000 Stimmen in den Reichstag gewählt wurde, durch ihre Wahlenthaltung gesehen, daß auch in reinen Arbeiterorten die dritte Wählerklasse den Konservativen in die Hände fiel und so an Stelle von ein paar Freisinnigen ein hochkonservativer Agrarier und der als unreaktionärer Arbeiterfeind in ganz Deutschland bekannte Führer der zünftlerischen Vaugewerksmeister, Felsch, gewählt wurden.

Wären unsere schlesischen und frankfurter Genossen ebenso Liebknechts taktischen Rathschlägen gefolgt, wie das Gros der Berliner Genossen, so wäre die konservative Mehrheit im preussischen Landtag fertig gewesen, und Herr von der Nebe hätte sein Vereins-Nebegeleit längst unter Dach.

Dasselbe Blatt citirt aus Liebknechts Einleitung zum Leipziger Hochverratsprozeß:

In den Debatten über Taktik, die seit 20 Jahren auf den Kongressen und in der Parteipresse geführt worden sind, ward meine Berliner Rede aus dem Jahre 1860 oft erwähnt; und von den gedankenlosen Schwadronneuren und Kindsstöpseln, die nicht wissen, was Taktik ist, und Zweck und Mittel verwechseln, ist sie mir wiederholt als Beweis des Gesinnungswechsels vorgehalten worden.

Nun, ich habe voriges Jahr auf dem Züricher Kongress frei herausgesagt, daß ich meine Taktik 24 mal den Tag wechseln würde, wenn die Kampfbedingungen sich 24 mal den Tag veränderten. Und wenn „Gesinnungswechsel“ heißt: besserer Einsicht zugänglich sein und ihr die Ehre geben, dann will ich mich noch verschiedener anderer „Gesinnungswechsel“ mit Freuden schuldig bekennen.

Wer das Richtige nicht weiß, kann das Richtige nicht wollen, und das Richtige nicht thun. Die Sozialdemokratie geht nicht nach Willkür und Laune vor, nimmt nicht Träume und Einbildungen für Wirklichkeit — sie sucht auf erlarneten Thatsachen und handelt den Thatsachen entsprechend. . . .

Andere Zeiten — andere Formen des Kampfes. Das ganze Streiten um die Taktik ist ein Streiten um des Kaisers Bart. Die Frage der Taktik ist keine Prinzipienfrage, keine theoretische — es ist eine Frage der Praxis.

Somit ist noch zu bemerken, daß die Vieleleser „Vollstote“ den Artikel über „Augenblicks-Artikel“ wörtlich übernimmt, während die „Halberstädter Arbeiterzeitung“ „beherzigenswerte Sätze“ aus Singers Entgegnung ansührt. —

Kohales.

Gesangsvorträge auf Arbeiterfestlichkeiten. Eine beachtenswerte Zeitschrift geht uns von einem Gesanglehrer zu, der sich über gewisse auf Arbeiterfestlichkeiten mehr oder minder deutlich zu Tage tretende Mißstände mit dankenswerter Offenheit äußert: „Ich möchte hiermit Veranlassung nehmen, beizutragen, einem Uebelstande abzuhelfen, welcher, wie schon so oft, auf einem der letzten Volksfeste eine nur wenigen bemerkbar gewordene häßliche Scene hervorrief. Ich meine die Art und Weise der Mitwirkung von Gesangvereinen auf unseren Volksfesten, wie die der Direktion mancher Dirigenten. Wohl nur wenige, Sänger sowohl wie Zuhörer, sind befriedigt von dem öffentlichen Vortrag unserer Bundeslieder auf Parteifestlichkeiten. Es lassen sich ja viele Entschuldigungen dafür herbeiziehen; als da sind: Jeder Gesanglehrer hat diese oder jene Methode; oder: dies und jenes Lied ist nur von wenigen geübt, oder: die es geübt haben, fehlen; oder: die keine Ahnung von dem zu singenden Liede haben, „singen“ mit, und zur Probe, die unbedingt notwendig, erscheinen oft weniger als die Hälfte der aufzutretenden Sänger. — Doch meine ich, wir kommen dadurch nicht vorwärts. Und wir gehören doch zu der Partei, die nach dem Besten und Edelsten strebt. Wollen wir im Chorgesang denn rückwärts gehen? Sollen unsere Volksfeste nicht Feste sein, auf denen wir uns befriedigenden geistigen Genuß suchen und finden? Und gerade der Chorgesang soll uns unser Denken und Fühlen wieder spiegeln und uns anregen, weiter zu streben. Mit sehr gemüthlichen Gefühlen genießen wir jedoch manchmal diese geistige Gabe. Darum mache ich hier einige Vorschläge, die schon zur kommenden Vorkallesfeier ihre Anwendung finden möchten.

Da jeder Ort, jeder Kreis seine eigenen Festlokale hat, in denen er seine Feste feiert, so empfiehlt es sich, den zur Mitwirkung bestimmten Gesangvereinen schon acht bis zehn Wochen vor dem Fest die zu singenden Lieder bekannt zu geben und eine Probe zur selben Zeit unter dem erwählten Dirigenten stattfinden zu lassen. Die Sänger lernen in dieser die Eigenheiten desselben kennen und passen sich ihm an. Die Vereine haben in den 8—10 Wochen Gelegenheit, die vorzutragenden Lieder zu üben nach der Art des erwählten Dirigenten. Auch können während dieser Zeit die Lieder älteren Datums neu einstudiert werden, was nicht möglich ist, wenn die Lieder erst 8 bis 14 Tage vor dem Fest bekannt gegeben werden, noch zumal mancher der Vereine in dieser Zeit für sich ein Fest hat. Innerhalb acht Tagen vor dem Fest findet die Generalprobe statt, wer in dieser fehlt, hat kein Recht, auf dem Fest mitzusingen, denn es wird keinem Dirigenten Freude machen, seinem Sänger die Lust am Gesange fördern, wenn er weiß, es wirken Sänger mit, die alles verderben können. Und jeder verständige Sänger sollte sich sagen: magst du noch so gut singen, noch so sicher sein, du kannst durch einen groben Fehler den ganzen Chor in Verwirrung bringen; sicher kannst du dich nur dann fühlen, wenn du die Lieder tüchtig geübt hast und die Direktion kennst. Sehen wir uns doch die Musikappellen an! Geht es in diesen wohl ohne mehrere Proben ab, wenn etwas Gutes geleistet sein soll? Und das sind Fachleute! Muß da nicht jeder auf seinem Posten sein? Wir sind Laien, haben also unsere ganze Kraft einzusetzen, um etwas Gutes zu schaffen. Aber diejenigen, in die wir zurücktreten, die es nicht der Mühe für wert halten zu lernen und Proben mitzumachen. Also, Sänger-Komitee-Mitglieder und Dirigenten, seid energisch und führt es durch, nur gutes zu leisten, damit wir alle unsere Freude haben und stolz auf unseren Gesang sein können. Auch den Dirigenten möchte ich den Rath geben, nicht soviel Gewicht auf einzelne Wörter der Kompositionen, wie „Haß“, „Vorwärts“ usw. zu legen, damit dieselben in ihrer Fassung bleiben.

So unser Gewissensmann. Wir glauben, daß seine gutgemeinten Rathschläge überall da, wo sie bisher nicht nach Gebühr befolgt worden sind, Beachtung finden werden. Unserer Meinung nach tritt die Forderung, Disziplin zu üben, aber nicht allein an die Sänger, sondern auch an das Publikum heran. Auch das beste und noch so gut eingeübte Gesangsstück muß seine Wirkung verfehlen, wenn „Zuhörer“ rücksichtslos genug sind, während des Vortrages mit dem Bierseidel zu klappern oder gar den Kellner in Bewegung zu setzen, der dann mit dem unter solchen Umständen nicht gut zu vermeidenden Geräusch auf seine nicht immer künstlerisch korrekte Weise das Pianissimo im Kolossalort accompagnirt. Auch hier gilt es für die Leiter von Arbeiterfestlichkeiten, Wandel zu schaffen und das Beispiel der bekannten Lieder-tafel „Typographia“ nachzuahmen, die auf ihren Konzerten den Kellnern während des Vortrages jede bemerkbare Thätigkeit sowohl im Saale als im Büffet untersagt.

Erheiterndes aus der Zuchtansära. Die aus bürgerlichen Vätern zu entnehmen ist, war der Minister des Streifenlases und des Zuchtansäures, Herr Staatssekretär v. Posadowski, vor kurzem so glücklich, wenigstens im Vaugewerbe leidhaftige

staatstreuen organisierte Arbeiter gefunden zu haben, eine Partei, deren Bevorzugung dem auch vom Ministerium für öffentliche Arbeiten ausdrücklich empfohlen wurde. Der Vorzug der Staatstreue dieser Arbeiter war allerdings mit einer Bedrohung von Leib und Leben des großen Publikums verknüpft, da unter den „Organisierten“ Accordmurer verstanden waren, deren Arbeitsmethode unter Leitung fragwürdiger Bauführer das fürchterliche Unglück in Galensee und einige ähnliche schlimme Gefährdungen des Menschenlebens verursacht hatte. Aber ist die Staatstreue in einer Zeit, wo mehr und mehr die Befreier schwinden, nicht ein paar Maure - Einstürze wert? Leider ist die sozialpolitische Einsichtlosigkeit selbst im zuchtansäuwendenden Bau - Innungs - wesen schon so üppig emporgewuchert, daß auch dort die hier gestellte Frage frech verneint wird. Man höre, was das Scharfmacherblatt par excellence, die „Berliner Neuesten Nachrichten“, zu seiner Verdrüßnis berichten muß:

Eine Eingabe an das Ministerium des Innern in Sachen der Maurerarbeiten bei staatlichen Bauten hat die Berliner Bau-gewerksinnung abzufinden beschlossen. Es soll dies eine Entgegnung auf den seiner Zeit ergangenen Erlaß des Staatssekretärs v. Posadowski betreffend die besondere Berücksichtigung der im sogenannten Gewerkschaftlichen Verein der Maurer Berlins organisierten, Accordarbeiter sein. Die Innung erklärt die auch vom Ministerium für öffentliche Arbeiten empfohlene Bevorzugung der Accordmurer für undurchführbar. Sie weist darauf hin, daß kaum 200 unter den nahezu 8000 Maurern Berlins ständig in Accord arbeiten und die Solidarität der Bauten bei der Accordarbeit vielfach leiden müsse. Es sei auch unrichtig, fährt die Eingabe weiter aus, die Accordmurer als besonders staats-treue Elemente anzusehen. Sie ständen lediglich in der einen, rein gewerblichen Frage der Lohn- oder Accordarbeit im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, seien jedoch im übrigen gleichfalls zum großen Theile Anhänger der Sozialdemokratie und hätten z. B. vielfach am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen.

Falls die letzteren Behauptungen zutreffen sollten, so wäre damit allerdings dargethan, daß selbst die Accordmurer nicht allen Solidaritätsgefühls bar sind.

Gegen den Gesetzentwurf über die Gerichtsorganisation für Berlin und Umgegend ist nun auch vom Schutzverein der Berliner Bau-Interessenten eine Petition beiden Häusern des Landtags überreicht worden. Ähnliche Petitionen sind bereits von einer Anzahl anderer Körperschaften und Vereinen, von den Magistraten der Städte Berlin und Charlottenburg, von den Aeltesten der Kaufmannschaft und von mehreren Grundbesitzervereinen eingegangen. Sämtliche Petitionen sind mit den Stimmen der Presse zu einer Beschlusse zusammengefaßt worden, in welcher auch die Kritik des Gesetzentwurfes durch juristische Autoren Platz gefunden hat. Landgerichtsdirektor Wun! äußert sich darüber u. a. in folgender Weise:

Der Entwurf enthält keine Andeutung, daß ein Reichsgesetz in Aussicht genommen sei, um die sachliche Zuständigkeit der 3 Land- und 6 Amtsgerichte, die für die Stadt Berlin errichtet werden sollen, gegen einander abzugrenzen. Es wird anscheinend deshalb nicht für erforderlich erachtet, weil die Meinung besteht, daß durch die Wohnung innerhalb des Gerichtsbezirks der Gerichtsstand bei jenen Gerichten begründet werde. Allein der prozeduralische Wohnsitz ist kein anderer als der bürgerliche. Das bürgerliche Gesetzbuch bestimmt den Begriff des Wohnsitzes nur mittelbar dadurch, daß es die Erfordernisse seiner Begründung und Aufhebung regelt. Wer sich an einem Orte ständig niederläßt, begründet an diesem Orte seinen Wohnsitz. Davon wird der Ort der gewerblichen Niederlassung (§ 209) unterschieden. Unter dem Wohnsitz hat man deshalb den Mittelpunkt oder richtiger den Sammelpunkt der gesamten Lebensverhältnisse eines Menschen zu verstehen. Das ist aber kein bloßer Punkt im Raume, auch nicht die Stelle, wo das einzelne Wohnhaus sich befindet, sondern es ist ein Raumgebiet erforderlich, auf dem die Lebensbedürfnisse, sowohl die materiellen wie die idealen, in ihrer Gesamtheit befriedigt, also die wirtschaftlichen wie die Familien-, die sozialen, kirchlichen und politischen Verhältnisse des Bürgers betätigt werden können und sollen. Ueber den Umfang dieses Raumgebietes entscheiden die Anschauungen des Lebens und die Verlehrsstätte. . . . Die geplante Teilung Berlins wird die Folge haben, daß die meisten Gerichtsstände bei allen 3 Land- und den 6 Amtsgerichten gleichmäßig begründet sein würden. Die Wahl unter ihnen steht dem Kläger zu. Dieser oder sein Anwalt wird die Wahl nach seinem eigenen Interesse, nicht nach dem des Beklagten treffen, also die Klage bei demjenigen Berliner Gericht erheben, wo es ihm am bequemsten ist, oder von dem er etwa nach früheren Urteilen eine ihm günstige Entscheidung erwartet. Hieraus können und werden starke Verschiebungen in der Geschäftslast der Gerichte hervorgehen, die namentlich für den Geschäftsgang der kleineren Gerichte der Vororte höchst störend werden müssen. Sodann würde der positive und negative Zuständigkeitsstreit unter den Berliner Gerichten eine ziemlich häufige Erscheinung werden. Denn auch die Zuständigkeit in Vormundschafts- und Nachlasssachen bestimmt sich nach dem Wohnsitz des Mündels und des Erblassers. Da der Vorzug durch das erste Thätigwerden begründet wird, so kann sehr leicht ein Streit darüber entstehen, welches Gericht auf diesen Vorzug Anspruch zu machen hat.

Eine besondere Schwierigkeit entsteht auch für die eingetragenen Vereine. Es dürfte der Zweifel berechtigt sein, ob nicht aus der neuen Ordnung der Berliner Gerichte schlimmere Mißstände hervorgehen würden, als die man abstellen will. Um ihnen vorzubeugen und den Geschäftsgang gegen die Willkür der Parteien zu sichern, bedarf es daher eines Reichsgesetzes, das die sachliche Zuständigkeit der verschiedenen Gerichte abgrenzt.

Die ausgelegt gegebenen Gemeinbewählerlisten sind von 8026 Personen eingesehen worden. Von 59 Bürgern ist gegen die Richtigkeit bezügl. Vollständigkeit der Listen Einspruch erhoben worden. Der hierfür eingeleitete Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung wird diese Einsprüche prüfen und alsdann der demnächst zusammentretenden Versammlung Bericht erstatten.

Der Bau neuer Straßen in der Umgegend Berlins wird gegenwärtig mit großem Eifer betrieben. Anlaß dazu geben die zahlreichen Abbrüche alter Gebäude im Innern der Stadt, deren Verkauf ein willkommenes und notwendiges Material für die Herstellung eines widerstandsfähigen Untergrundes zu einem Straßendammbau ist. Allerdings finden diese Abbrüche nicht gleichmäßig in allen Teilen der Stadt Berlin statt, und da die Käufer mit dem Verkauf stets die nächste Abgabelegenheit aussuchen, so sind die Gegenden im Süden und Osten der Stadt mit diesem Auffüllmaterial reichlich versehen, während im Westen Mangel daran ist und die Unternehmer in Wilmersdorf und Galensee dem dort abladenden Käufer 50 Pfennige und mehr für die Fahre Verkauf vergüten. Dieser Verkauf enthält mitunter interessante Bruchstücke aus den alten Berliner Häusern, Steinblöcke mit Ornamenten, verzierte und eigenartig geformte alte Ofenbacken und ähnliche bei späteren Ausgrabungen wichtige Dinge, die hier in den Untergrund des Straßendammbaus versenkt werden und von denen man fast besorgen möchte, daß sie später bei einem gelegentlichen Wiederaufnehmen des Straßendammbaus ähnliche Streitigkeiten hervor-rufen können, wie der unter den beiden Petrusaus-Eben gesunden Untergrund. Die neuen Straßen werden zunächst nur eingeebnet, so daß nach Aufschüttung der erforderlichen Kieshöhe die Pflasterung vorgenommen werden kann.

Verkehrsnachrichten. Zur Erleichterung des Straßenbahnverkehrs sind beim Magistrat eingegangen: die Genehmigung des Polizeipräsidiums zum Umbau der Abfahrtsstelle der Großen Berliner

Auflösung.

Durch die Saure Gurkenzeit,

Es sind dies nur Waren ganz vorzüglicher, teurer Qualität, welche jetzt fast zu denselben Preisen wie sonst geringere Ware verkauft werden sollen.

welche naturgemäss einen ruhigen Geschäftsgang zur Folge hat, ist es jetzt erst möglich geworden, diejenigen Waren, welche in den verflossenen Monaten durch den kolossalen Andrang weder ausgelegt noch angeboten werden konnten, zum Verkauf zu bringen!

Wäsche.

Ein grosser Posten hochfeiner Damen-Tag- und Nachthemden und sonstige Negligés mit feinsten Schweizer Stickerei für Aussteuern ganz besonders empfehlenswert, ferner:
Damen-Hemden, Prisenform und Schulterschluss, 2—5 Mk. | **Beinkleider** 1,25—5 Mk. | **Nachtjacken** 1,50—4,50 Mk.
Nachthemden 2—9 Mk. | **Frisiermantel** 2—10 Mk. | **Anstandsrocke**, weiss und farbig, 1,50—4 Mk.
Promenaden-Röcke mit Valenciennespitze und Stickerei 3—10 Mk.

Ein Posten hocheleganter grosser Hausschürzen
 durchschnittlich Stück nur Mk. 1,50.

Baumwollwaren.

Louisianatuch, feinste Ware, **Bett-Damaste** und **Dimitis**, **Elsässer Hemdentuch** und **Renforcés, Shirts** in allen Breiten.

Leinenwaren.

Reinleinen Damasttafeltücher und Servietten. Sehr gute reinleinen Gedecke, starkfädig, für 6 Personen 5 Mk., für 12 Personen 9 Mk.

Einzelne Tischtücher ganz guter Qualität, je nach Grösse 2—3 Mk.

Ein grosser Posten hochfeine reinleinen Taschentücher, $\frac{1}{2}$ Dtzd. 1,50 Mk. bis zum feinsten Leinenbatist.

Teppiche.

Handgeknüpft Smyrna in allen Grössen, pro Quadratmeter 9, 12, 15 Mk.

Velour, Axminster und **Tapestry**, anerkannt gute Ware, zu auffallend billigen Preisen.

Gardinen.

Spachtel-Gardinen und **Stores** 6—20 Mk. || **Engl. Tüll-Gardinen** Fenster 2—3,50 Mk.

Einzelne Stores und Gardinen vom Stück besonders billig.

Portièren in reichhaltigster Auswahl.

Porzellan- und Glas-Abteilung.

Als ganz besonders empfehlenswert:

Rococo-Tafel-Service in sehr vornehmen Formen und Decors, für 12 Personen, 78 Teile	Mk. 60, 40, 30.
do. do. do. für 6 Personen	Mk. 16 und Mk. 11,50.
Kaffee-Service , das feinste, für 12 Personen, 16 Teile mit Theekanne	Mk. 12.
do. do. 6 Personen	Mk. 5, 3,50.
Wasch-Service	Mk. 8,50, 7,75, 6,00, 3,75.
Ferner ein grosser Posten feinster französischer Wein- und Wasser-Karaffen	Mk. 1,25, 1,75.

Es ist jedoch selbstverständlich, dass in allen Artikeln auch billige Qualitäten am Lager sind und zu den bekannten Preisen verkauft werden.

Magazin A. Lubasch.

Kommandantenstrasse 44. 44a. 45.

40. Allgemeiner Vereinstag der auf Selbsthilfe beruhenden Gewerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Nach der am Montagabend erfolgten Konstituierung wurde der Genossenschaftstag gestern, Dienstag, durch eine Ansprache des zum ersten Vorsitzenden erwählten Verbandsdirektors Bröckh-München eröffnet...

den Genossenschaften Schutz und Schirm, aber auch freie Entwicklung gewähren. (Eind darin auch die gegenwärtig mit sogenannten Umsatzsteuern drangsalirten Arbeiter-Konsumvereine eingeschlossen?)

Es folgten dann noch Begrüßungsansprachen von Vertretern der Stadt Berlin, des Kellerei-Kollegiums der Berliner Kaufmannschaft und anderer.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Mittwoch, den 2. August. Neues Opera-Theater. Die Niederländ. Anfang 7 1/2 Uhr. Lesing. Die Erzählung zur Ehe. Die städtische Forderung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater (Wallner-Theater). Moritz-Oper. Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel Simeon Lugarti: Margarete (Faust).

Apollon-Theater. Frau Luna mit dem Luftballon „Grigolatis“ * Otto Reutter * 6 Debuts

Central-Theater. Gastspiel: Ensemble (Bel. Milly Krause vom Hof-Schauspielhaus, Herr Otto Fahlau vom Kaiser-Theater, Herr Rich. Ewald vom Thalia-Theater als Gäste).

Fahlmann Waudeville-Theater. Gastspiel: 18. Schöner Wald. Ende 97/98. Täglich: Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.

Passage-Panopticum. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Neu! Neu! Das urkomische Bückeberger Bauern-Ensemble.

CASTANS PANOPTICUM. Die sensationellen lebenden Photographien! In Lebensgröße. Die russische Damenkapelle „Mignon“ in moskowlischen Kostümen.

Metropol-Theater. Behrenstr. 55/57. Größter Saison-Erfolg!!! Berlin lacht! und das reizende Presse-Ballett.

Prater-Theater. Kabanien-Allee 7/9. Täglich: Dorns Resi. Soldat mit Gesang u. Tanz v. Hugo Schütz.

Ostbahn-Park. Hermann Imbs. 71 Riederborfer Straße 71, am Riktriner Platz. Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Gesellschaftshaus. Zwienmünderstr. 42. Täglich im Garten: Theater-Vorstellung. Saal für 800 Personen auch Sonntag frei.

Max Kliems Sommer-Theater. Hasenheide 14-15. Artistische Leitung: Paul Wildt. Täglich: Großes Garten-Konzert.

Neue Welt. Hasenheide. Heute, Mittwoch, 2. August: Großes Erntefest mit Gratisverlosung, Fackelzug durch den Garten, Bombentregen und sonstigen Ueberraschungen.

Schweizer-Garten. Am Königsdior (Ringbahn) am Friedrichsbahn. Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Grobtes Familien- und Kinderfest.

Schnegelsbergs Festsäle. Hasenheide No. 21 - Jahnstrasse No. 8. Täglich: Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei.

Bereinsbrauerei-Musichant. Rixdorf, Hermannstraße 214-219. Größter u. schönster Garten Rixdorfs u. Berlins, 10 000 Personen fassend.

Öffentlicher Vortrag über Lungen- und Magenleiden. morgen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr. Andreasstrasse 21 (oberer Saal).

Waschmittel der Welt ist Dr. Thompson's Seifenpulver. Das beste und im Gebrauch billigste und bequemste.

Danksagung. 18815. Für die überaus zahlreiche Teilnahme an der Beerdigung unseres Sohnes und Bruders Wilhelm Sturzebecher.

Danksagung. Für die liebevolle Teilnahme und reiche Kranzgebende bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Mannes, unseres guten Vaters, des Metall-Schleifers Adolf Ballist.

Beim Monatswechsel empfehlen sich folgende Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis 0.: Robert Wengels, Reichstr. 30, Hof II. - SO.: Fritz Tütel, Staligerstr. 25 v. part. - Sechster Wahlkreis (Mobilität): Karl Anders, Salzschleierstr. 8, part. im Laden.

Außerdem ist förmliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.

Reichshallen. Garten resp. Saal täglich: Stettiner Sängerkonzert. (Wohlf. Pietro, Witton, Cicili, Krone, Ritzschmayer, Schneider und Schröder).

Victoria-Brauerei. Völknersstraße 111/112. Im Naturgarten oder Saal: Täglich: Omnirhythmische Sätze der Norddeutschen Sängerkolonnen.

R. Ballschmieders „Kastanienwäldchen“ Konzertgarten u. Prachtäle. Badstr. 16. Gesundheitbrunnen, Badstr. 16. Täglich: Gr. Promenaden-Konzert.

Gänsefedern 60 Pf. er. Pf. (Goldener vom Reich). Schlaftfedern, wie sie v. d. Gänse fallen, mit allen Dunnen M. 1,50.

Dr. Promenaden-Konzert. Jeden Donnerstag: Estre-Streich-Konzert. Sonntags: Grober Ball im neuerbauten Saal.

Hans Kayser. Götlicher Bauhof, Platz 6. Billige Verkaufspreise für Press- u. Steinkohlen.

W. Noacks Theater. Brunnenstraße 10. Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Dr. Simmel. Moritzplatz, 1. Haus v. Aschinger. 3 Treppen rechts. Spezialarzt f. Haut- u. Hautleiden.

Der Frauen-Kongress. Postle mit Gesang in 1 Akt v. Groggert. Neu! Neu! Die Lindenwirtin.

Teilzahlung. monatlich 10 Mk. liefert elegante Herrgarderobe n. Maß Temporowski, Schneidermeister, Reanderstr. 16, II, an der Kienigsstr. (Auch noch Gaste billige Preise.)

Öffentl. Einseker-Versammlung

Donnerstag, den 3. August, abends 8 1/2 Uhr, in Cohns Fest-Sälen, Beuthstraße Nr. 20-21.

Tages-Ordnung: Die Lohnfrage der Einseker.

108/5

Der Vertrauensmann.

Achtung!

Steglich. Groß-Lichterfelde. Öffentliche Bautischler-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Unsere nächsten Aufgaben. Referent Kollege Blesock. 2. Diskussion. 3. Bericht.

Achtung! Gastwirte. Achtung! Verein socialdemokratischer Gast- u. Schankwirte Berlins und Umgegend.

Anherordentliche Versammlung.

1. Das Verhalten der Brauerei Bicheldorf den Gastwirten gegenüber. Referent: Kollege Ferdinand Ewald und Rechtsanwalt Dr. Schöps. 2. Diskussion.

Rehlitz' Garten u. Saal. Schankwirtschaft.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Öffentliche Versammlung der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.

1. Unser Sammelwesen und wie gedenken wir den neu hinzutretenden Kollegen entgegenzukommen? 2. Weitere Beschlussfassung über unsere Forderungen, welche wir dem Unternehmerbund zugestellt haben. 3. Diskussion. 4. Bericht.

Die Rechte und Pflichten des Mieters

nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch. Kommentar zum Mietrecht von Rich. Lipinski. Die Broschüre ist auf Grund der Motive und Denkschrift zum Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitet, giebt in 24 Abschnitten klaren Ueberblick über das Mietrecht, ist gut ausgestattet, 32 Seiten stark und kostet 20 Pfennige, Porto 3 Pfg.

Verein der Lithographen, Steindrucker und Verleger. Deutschl. (Klasse II. Chemigraphen.)

Donnerstag, 3. August, abends 8 1/2 Uhr, in den Armhallen, Rommendantenstr. 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Walter Klinger. 2. Diskussion. 3. Bericht. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet Die Verwaltung.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben

Haut- u. Harnleiden

Frauen-Krankheiten.

Achtung Zimmerer! Central-Franken- u. Sterbekasse der Zimmerer

(Ordnerverwaltung Berlin).

Den Mitgliedern der Zahlstelle VI zur Nachricht, dass in der Generalversammlung am 25. Juli bei Stecher Albert Flügge, Schlicmannstraße 46, Seitenk. III, zum Kassierer gewählt wurde. Zahlabend an folgenden Tagen: Sonnabend von 8-10 Uhr abends und Sonntag von 8 1/2-12 Uhr vormittags. (259/3) Der Vorstand. A. Grase.

Für Magenleidende!

Magenkatarth, Magenkrampf, Magenschmerzen, schwere Verdauung oder Verschleimung

Hubert Ulrich'sche Kräuter-Wein.

Stuhverstopfung

Hageres, bleiches Aussehen, Blutmangel, Entkräftung

Vor Nachahmungen wird gewarnt!

Kondor-Fahrräder

sind preiswert, dauerhaft und leichtlaufend.

Filiale: Berlin N., Chausseeestr. 106. Amt III. 2223.

Repräsentant: Otto Mündner. Reparaturen. Zubehör-Teile. Niedrige Preise.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Kleines Schongeschäft für Knäuel zu verkaufen Daldorferstraße 2. 700
Ein gutgehendes Selbengeschäft Umstände halber billig zu verkaufen Berlin W. Zu erfragen bei Kochen, Schönberg, Brunnenstraße 18, I. *
Eine Gartenlaube mit Tisch billig zu verkaufen Schmidt, Weinländerstr. 31. 1652b
Baukette (Vorort Jepnitz), liegt an der Bahn, Rate 10,00, von 60 Jahren an. Erig. Brunnenstraße 31. 1652b
Fahrradhändler kaufen sämtliche Zubehör- und Kettenteile, sowie Geschäfte, gepaarte Räder sehr vorteilhaft Dantzenstr. 47. Fahrradartikel an gros.
Halbrenner, für Reitschuld angenommen, noch ganz neu und hochfein, Rot halber noch heute spottbillig, Garantie noch zehn Monate. Barlow, Schafstrasse 70, III. 96/7
Fahrräder. Ich habe einen größeren Vorrat Fahrräder von einer Fabrik, die zum Automobilbau übergehen will, zum Verkauf übernommen. Dieselben sind mit Handbremse, Doppel-Hohlkammer, Innenleitung und Kontinental-Pneumast versehen und kosten durchschnittlich 150 M. Nur Ansicht stehen dieselben Georgenstraße 69 (Sarggeschäft) und Stangenstraße 7 bei Dieck. 1082b
Möbel und Polsterwaren, auch ganze Einrichtungen empfangt Franz Zuhner, Brunnenstraße 152. (1979)*
Geppdecken kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik B. Strommabel, Berlin, Wallstraße 72, wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 1933v

Gardinenhaus

Nähmaschinen, Ringstich, auch ohne Anzählung, Bestellungen sofort. Hinden, Bernauerstraße 75.
Möbel, bar und Teilzahlung, billig! Kronenstraße 110, I. Ecke Königbergerstraße. 112*
Geppdecken kauft man direkt vom Anfertiger. Schmeigler, Blumenstraße 13. 1097v*
Zimmerer zu Kinderbetten, Anbauarbeiten, Plüschdecken, Schürzen, Kleiderstoffe, Buchstiche, Oberziele, eisenfeste Ware, Kattunzeuge, legerer Stoff eine Mark, Capesstoffe Neue Königstraße 30, eine Treppe, sein Baden. Gewisse Handwerker 30, eine Treppe beachten! Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. *
Angelimmerte Damenenden mit hübscher Handfädelerei, Kleidermacher, sonst tadelloser, von 1,10 an. Ebenso Damenenden mit eleganten Stickereien von 1,20. Handfädelerei-Wäscheabart Donis, Kronenstraße 30, Vorderhand, 1 Treppe. 712*
Fahrräder, Zubehör, großem Auswahl, billige Preise, Handlern Rabatt, Reparaturen. Otto Heine, Brückenstraße 6d. 1448*
Strickmaschinen für Familien- und Hausgebrauch, auch auf Teilzahlung. Gustav Drederer, Engelstraße 20. 713
Violoncelle oder Mandolinenspieler zum Zusammenstellen noch gewünscht. Opphal, Myrdorff, Anfechtstraße 6. 1082b
Elektra. Neuer Abendkursus für Elektromontage und Installation. Prinzenstraße 55. Prospect. 64K*

Vermietungen.

Schlafstellen.
Schlafstelle Herrn Dredererstraße 125, Quergebäude II, Siedbath.
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Stellenangebots.

Dirigent für Arbeiter-Verein

Dirigent für Arbeiter-Verein für Mittwoch oder Freitag gesucht für Weihenstephan. Zu melden bei Saitling, Kronprinzenstraße 10 daselbst. 1668b
Tüchtigen Dirigenten sucht Gesangsverein (M. d. V. S. V.) Weihenstephan (Sonnabend). Adressen: Correr, Strahburgerstraße 56. 1669b
Tüchtiger Hobelstößer zum Accordfahren verlangen sofort Range u. Wagner, Holzbearbeitungs-Fabrik, Engel-Verl. 1b. 1679b
Einbaltierer aus Goldbleichen verlangt Goldbleichenfabrik Alexandrinenstraße 25. 1673b
Tüchtige Sticker suchen bei dauernder Beschäftigung Rattischloß und Fiedler, Landsbergerstraße 16. 1662b
Verkäuferin verlangt sofort Warenhaus Jüdel, Weihenstephan, Königshausen 53. 1670b
Putzmaacherin, tüchtige Garniererin, verlangt gleich Warenhaus Jüdel, Weihenstephan, Königshausen 53. 1672b
Blusen, Hosen, Hemden und Schürzen-Arbeiterin verlangt Jüdel, Weihenstephan, Königshausen 53. 1671b
Wassers auf Badetts in und außer dem Hause Lohmühlenstraße 25, vom III. 1673b
100 Mawfels auf Jadeditt. Selbe zum Steppen gratis. Kumpf 1 Markt. Auch Beschäftigten verlangt Schulstraße 2. 1677b
Tüchtigen Schürzen-Arbeiterin, tüchtige, verlangt Köhner, Dantzenstr. 38, Quergebäude. 703
Polierinnen und Händlerin finden Beschäftigung Ritterstraße 6, Silberwarenfabrik. 1663b
Plätzerinnen auf Stehrofen, Umgelegten, Ranscheiten verlangt War Alie, Wälscheplatz, Strahburgerstraße 55. 1676b

Plätzerinnen auf geschweifte Umgelegten

Plätzerinnen auf geschweifte Umgelegten in und außer dem Hause verlangt Max Treppe, Schönhauser-Allee 167a, Fabrikgebäude 4 Treppen.
Arbeiterinnen auf Besondere und Weihenstephanerstraße 73, I.
Karton - Arbeiterinnen finden dauernde Beschäftigung. Kirlein u. Co., Kartonnfabrik, Heinsdorfstraße 6.*
Mädchen auf elektrische Apparate verlangt W. Kranke und Kompagnie, Friedländerstraße 110. 1664b
Junges Mädchen auf leichte Handarbeit verlangt Wegall und Singer, Reimer, Kottbusstraße 17. 1661b
Krautcrinnen Lehrmädchen gegen Vergütung verlangt Range, Fühlensfabrik, Sedantienstraße 67. 1668b
Zur Verwaltung meines Hauses auf dem Lande Frau ohne Anhang gesucht. Schmidt, Brückenstraße 18.
Am Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

Osten:
Robert Wengels, Brückenstr. 50, D.
V. Vogel Wwe., Köpenickerstr. 83.
Chr. Schulz, Blumenstr. 14.
Nordosten:
J. Neul, Bornimstr. 42.
Norden:
W. Gahmann, Wilmshäuserstr. 65.
Karl Wars, Kottbusstr. 96/97.
Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 14.
V. Dechand, Kottbusstr. 24.
S. Vogel, Dantzenstr. 32.
H. Tietz, Jussulienstr. 124.
Nordwesten:
Karl Anders, Salzweidenerstr. 8.
Südwesten:
F. Chuefvege, Bergmannstr. 23, D. II.
O. Schröder, Kreuzbergstr. 15.
Süden:
Gand Soale, Dredererstr. 53/53.
F. Gutsmuth, Kottbuscher Damm 8.
Südosten:
Fritz Thiel, Saitzenstr. 35.
W. Gelsche, Wälscheplatz 58.
Martin Weicha, Wälscheplatz 24.
Centrum:
P. Porich, Gipsstr. 27.
Charlottenburg:
Gust. Schanzberg, Schillerstr. 91 I.
H. Tietz, Kottbuscherstr. 37b.
Friedenau:
S. Verasse, Kottbusstr. 15.
Friedrichsberg:
Anton Rupp, Friedrichsbergstr. 4.
Pankow:
Kummert, Kottbuscherstr. 15.
Rixdorf:
C. Osermann, Grätzstr. 6.
E. Hecker, Bernauerstr. 50.
Schöneberg:
Willy Schüller, Kottbuscherstr. 13.
Weissensee:
Heinrich Bachmann, Köpenickerstr. 1.
Julius Schiller, Kottbuscherstr. 30a.
Hob. Liebshwager, Gustav-Adolfstr. 10.